Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
6
2011

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Schicksalswahl im hohen Norden

UNTERNEHMEN

Werbung – aber wie?

IT

„Green IT“ im Kommen

Personalmanagement

Wie geht’s weiter auf der Karriereleiter?

Timo Boll ist ein Sportler für Organspende

SPORTLER FÜR ORGANSPENDE

„Jeden Tag sterben Menschen, weil lebensrettende Organe fehlen. Dieser kleine Ausweis kann Leben schenken! Hast Du schon einen?“

Verein Sportler für Organspende e.V.

Eine Idee der Kameradschaft

Im Verein Sportler für Organspende e.V. (VSO) unterstützen Persönlichkeiten des Sports eine lebensrettende Idee. Sie treten dafür ein, nach dem eigenen Tode neues Leben zu schenken, tragen einen Organspendeausweis bei sich. Die prominenten Vereinsmitglieder diskutieren die Organspende positiv in der Öffentlichkeit und machen durch ihr Vorbild den vielen Kranken auf den Wartelisten Mut.

Der Europameister Timo Boll und weitere Stars des Tischtennissports machen mit.

Es ist ganz einfach: Ausweis ausschneiden, ausfüllen, falten und bei sich tragen!

Foto: Dr. Stephan Roscher

Organspendeausweis

nach § 2 des Transplantationsgesetzes

Organspende

Name, Vorname ..... Geburtsdatum .....

Straße ..... PLZ, Wohnort .....

SPORTLER FÜR ORGANSPENDE

Organspende schenkt Leben.

Antwort auf Ihre persönlichen Fragen erhalten Sie beim Infotelefon Organspende unter der gebührenfreien Rufnummer **0800 / 90 40 400**.

Erklärung zur Organ- und Gewebespende

Für den Fall, dass **nach meinem Tod** eine **Spende von Organen/Geweben zur Transplantation** in Frage kommt, erkläre ich:

◯ **JA,** ich gestatte, dass nach der ärztlichen Feststellung meines Todes meinem Körper Organe und Gewebe entnommen werden.

oder ◯ **JA,** ich gestatte dies, mit **Ausnahme** folgender Organe/Gewebe: .....

oder ◯ **JA,** ich gestatte dies, jedoch **nur** für folgende Organe/Gewebe: .....

oder ◯ **NEIN,** ich widerspreche einer Entnahme von Organen oder Geweben.

oder ◯ Über JA oder NEIN **soll** dann **folgende Person entscheiden:**

Name, Vorname ..... Telefon .....

Straße ..... PLZ, Wohnort .....

Platz für **Anmerkungen/Besondere Hinweise**

DATUM ..... UNTERSCHRIFT .....

SPORTLER FÜR ORGANSPENDE

Verein Sportler für Organspende e.V. (VSO)
Postfach 70 06 20
60556 Frankfurt am Main
E-Mail: kontakt@vso.de
Internet: www.vso.de

Spendenkonto:
Deutsche Kreditbank
Konto: 11 77 55 66
BLZ: 120 300 00

UNSERE ANTWORT AUF DEN POLITIKWECHSEL

Die MIT nimmt Stellung zur Energie-, Europa- und Steuerpolitik

Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

Die aktuelle politische Lage stellt sich für uns so dar, dass die bürgerliche Regierungskoalition in Berlin einen dramatischen Macht- und Ansehensverlust zu verzeichnen hat. Damit korrespondiert ein grundlegender Richtungswechsel auf zentralen Politikfeldern. Die Klausurtagung des Bundesvorstandes in Erfurt hat gezeigt, dass die MIT die Fähigkeit besitzt, schnell, profiliert und einvernehmlich auf den Politikwechsel der Bundesregierung zu reagieren. Diese inhaltliche Geschlossenheit ist ein wichtiges Fundament für die weitere Arbeit, und hierin unterscheidet sich die innere Verfassung der MIT von derjenigen der Union.

In der Energiepolitik spricht sich die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gegen eine übereilte Entscheidung aus. Vor einer Energiewende muss eine Reihe von Problemen und Fragen gelöst und beantwortet werden. Dazu zählen u.a. der Netzausbau, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen auf die Klimaschutzziele. Nachhaltige Lösungen sind überhaupt nur auf europäischer Ebene denkbar.

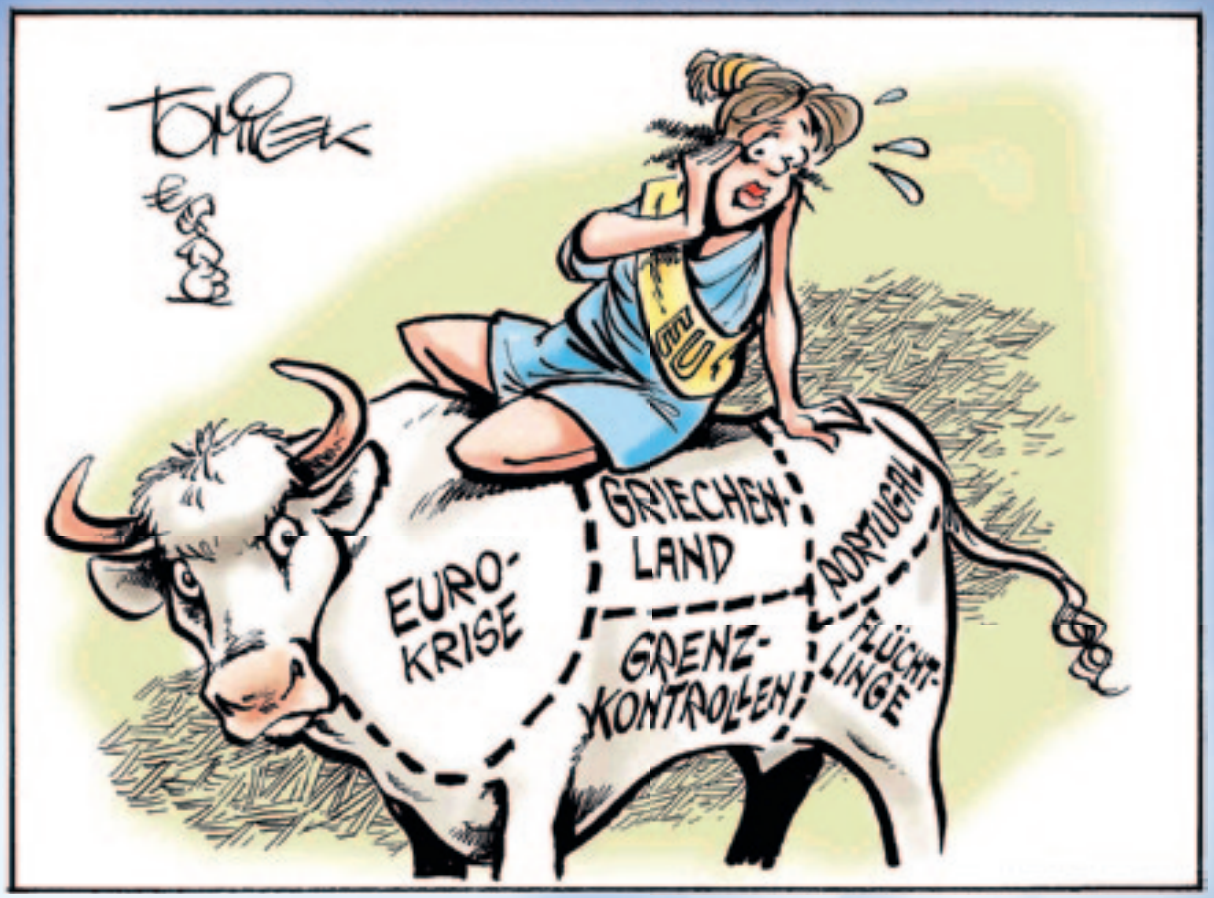
Außerdem sind wir der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, darüber zu entscheiden, ob und welche Energieträger zum Einsatz kommen. Ordnungspolitische Aufgabe des Staates bei der Energiepolitik ist es vielmehr, die Sicherheits- und Umweltstandards zu definieren und zu kontrollieren. Über die Wirtschaftlichkeit von Energieträgern und deren Einsatz zur Energieversorgung entscheiden die EVU sowie deren Kunden selbst.

Die derzeitigen Pläne der Regierung zum Euro-Rettungsschirm sehen wir mit großer Sorge. Die MIT lehnt einen zeitlich unbegrenzten Rettungsschirm ab. Damit riskiert man einen eigenen Haushaltskollaps zur Verhinderung eines Haushalts-Zusammenbruchs in anderen Ländern. Stattdessen muss das Haftungsprinzip verankert werden. Wer über seinen Haushalt entscheidet, muss auch für die Schulden haften. Wir wollen keine Transferunion.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen jene Menschen, die zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, Kinder groß ziehen und sich an die Regeln halten. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und fordern von der Bundesregierung die Einlösung der im Koalitionsvertrag gemachten steuerpolitischen Zusagen. Dabei geht es nicht um Steuergeschenke, aber die Leistungsträger unseres Landes erwarten zu Recht mehr Verlässlichkeit und Beständigkeit. In erster Linie zählt dazu die Beseitigung der kalten Progression und des „Mittelstands- oder Facharbeiterbauchs“.

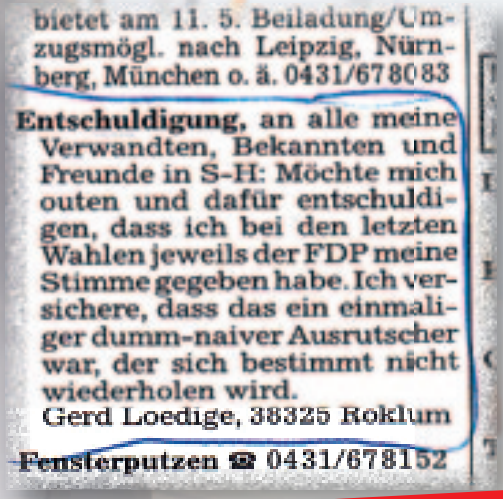
Die Stärke unserer Vereinigung ist ihr scharfes ordnungspolitisches Profil nach außen und ihre Geschlossenheit nach innen. Wer dagegen eine größere Nähe zur Union, zur Bundestagsfraktion und Regierung fordert, der muss den Beweis dafür antreten, ob diese Bundesregierung den Mittelstand überhaupt noch auf ihrer Rechnung hat. Außerdem ist zu klären, ob sie noch über die Gestaltungs- und Umsetzungskraft sowie über die nötigen Mehrheiten verfügt, Mittelstands-Positionen zu berücksichtigen. Keinesfalls darf eine Strategiedebatte die inhaltliche Geschlossenheit der MIT aufs Spiel setzen.

Die Seite-4-Karikatur



Schlachtplan

Weisheiten


bietet am 11. 5. Beiladung/Umzugsmögl. nach Leipzig, Nürnberg, München o. ä. 0431/678083

Entschuldigung, an alle meine Verwandten, Bekannten und Freunde in S-H: Möchte mich outen und dafür entschuldigen, dass ich bei den letzten Wahlen jeweils der FDP meine Stimme gegeben habe. Ich versichere, dass das ein einmaliger dumm-naiver Ausrutscher war, der sich bestimmt nicht wiederholen wird.
Gerd Loedige, 38325 Roklum

Fensterputzen ☎ 0431/678152

Aus: "Kieler Express" vom 7.5.2011

Bosheiten

Urlaub genießen kann man schwerlich,
zeigt er doch, wir sind entbehrlich.

Man reist nicht selten viele Meilen
zur Festigung von Vorurteilen.

Man kann nicht allzu lange reisen,
ohne auch mal zu entgleisen.

Des Menschen Arbeit unterbricht
die Muße, die ihm mehr entspricht.

Entgegen anderen Gerüchten
Schöpfergeist lässt sich nicht züchten.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft,
„Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“

ANZEIGE

Mittelstands Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

Unseren Lesern verpflichtet – und Ludwig Erhard

- aktuell und informativ
- hintergründig
- meinungsfreudig
- zielgruppenorientiert

Unsere Leser:
mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com E-Mail: info@ mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
Auflage: 40.500 pro Ausgabe,
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

„Wie gehen Sie mit Schwächeren um?“

Ranga Yogeshwar, Wissenschaftsjournalist

Sie sind stark!
www.misereor.de

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank · BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

POLITIK

3 EDITORIAL
MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann kommentiert die aktuelle Politik aus seiner Sicht

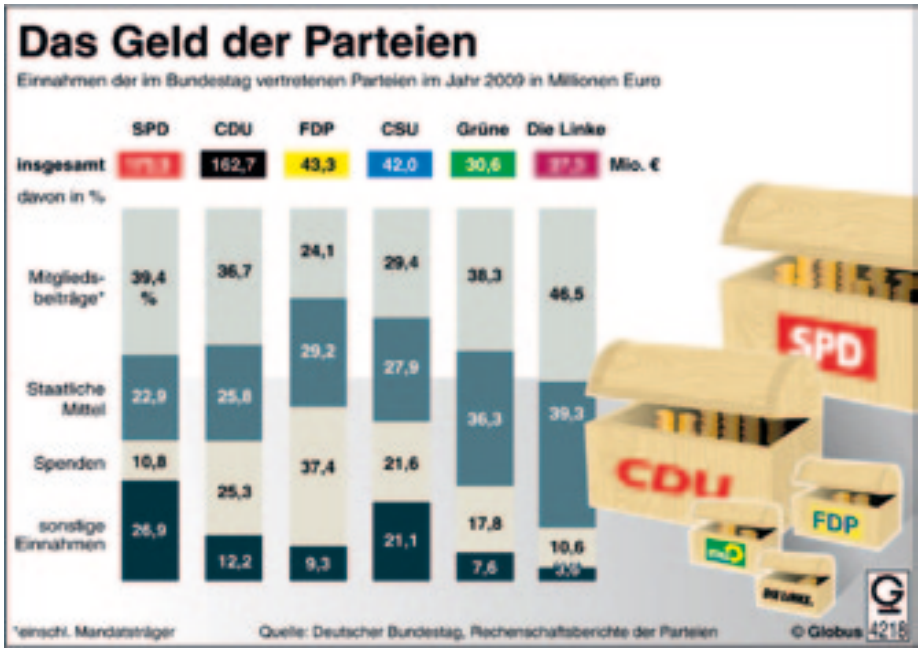
4 Unsere Seite-4-Karikatur
... natürlich zur aktuellen Politik, ergänzt um unsere Weisheiten und Bosheiten als nicht immer ganz ernst gemeinte „Lebenshilfe“

8 Ein Mann mit Grundsätzen und einem Bekenntnis zum Konservativen
Christian von Boetticher führt als Landes- und Fraktionsvorsitzender die CDU in Schleswig-Holstein in die nächste Landtagswahl. Gehen die CDU/FDP-Stimmen des nördlichsten Bundeslandes im Bundesrat auch noch verloren, verliert die Bundesregierung jegliche Gestaltungsmöglichkeit

12 Die neuen Fachkräfte aus dem Osten
Seit dem 1. Mai haben nun auch wir Deutschen die Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den osteuropäischen EU-Ländern. Sorge oder Hoffnung, Fluch oder Segen, Problem oder Chance. Der Arbeitsrechtsexperte der Unions-Bundestagsfraktion, Johann D. Wadephul, räumt in unserem Interview mit einigen Vorurteilen auf

UNTERNEHMEN

14 Personalmanagement gestern und heute
Der sich abzeichnende Fachkräftemangel zwingt auch kleine und mittlere Unternehmen, ihr Personalmanagement, vor allem die Suche nach geeignetem Nachwuchs und die Weiterbildung, zu professionalisieren. Das schließt den Einsatz von IT-Programmen und die neuen Web-2.0-Tools ein



18 Auch die Informationstechnologie wird grün
Über „Green IT“ sprachen wir mit dem Vorstandsvorsitzenden eines der größten deutschen Provider, 1 & 1, Robert Hoffmann

22 Werbung, aber wie?
Bei der Werbung lauern eine Menge juristische Fallstricke, in denen man sich leicht verheddern kann. Meist wird es dann teuer. Das lässt sich vermeiden, wenn Sie unsere Tipps beachten

SERVICE

20 AUTO-Test
Für Sie gefahren – Autos für Mittelständler Ford Mondeo Turnier und VW Passat

21 Bücher
Für Sie gelesen – Bücher, die Sie interessieren könnten

24 Recht im Gespräch
Rechtsfälle unserer Leser aus dem Alltag, für Sie aufbereitet

25 Aktuelle Urteile
Aus der Praxis für die Praxis – Urteile, die man kennen sollte

MIT-INSIDE

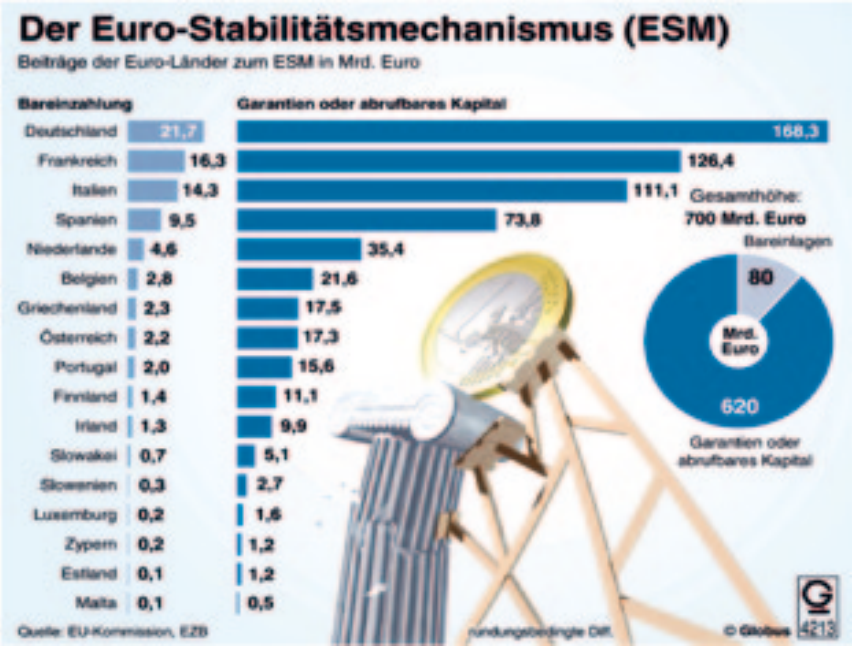
26 MIT-Inside
Berichte aus dem Verbandsleben der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und politische Stellungnahmen zu aktuellen Themen und Vorgängen

29 MU-Inside

31 Namen sind Nachrichten

32 Baustelle Berlin

32 Impressum



www.dahw.de

JEDER-KANN-EIN-RETTER-SEIN.de

Jeden Tag sterben weltweit **5.000 Menschen** an Tuberkulose.

Jedes Jahr erkranken weltweit **250.000 Menschen** neu an Lepra.

Spendenkonto 96 96
BLZ 790 500 00

Mariannhillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI
DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

Foto: dpa/picture alliance

Auf dem Tandem zum Wahlsieg

Christian von Boetticher möchte Nachfolger von Peter Harry Carstensen werden

Als Nachfolger von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (links) ist Christian von Boetticher seit September 2010 Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein und seit dem 6. Mai auch Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2012

Von Günter F. Kohl

Die politische Lage in Schleswig-Holstein ist, ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl, verzwickt wie eh und je. Sie ist halt verworren wie die Geschichte dieses Landes. Es kursiert das Bonmot, dass es nur drei Professoren gab, die mit der Historie des Bundeslandes vertraut waren. Das Tragische: Einer von ihnen starb, der zweite habe darüber den Verstand verloren und der dritte habe sie schlicht vergessen. Schleswig-Holstein: überschaubar, aber unübersehbar.

Was auch auf diese Wahl im Frühjahr 2012 zutrifft, denn wenn die CDU/FDP-Mehrheit im Kieler Landtag auch noch verlorengeht, ist die Regierung Merkel in Berlin in einer aussichtslosen Lage. Der dann übermächtige, von SPD, Grünen und Linken ob- und destruktiv dominierte Bundesrat nähme der Bundesregierung jegliche Gestaltungsmöglichkeit – sie wäre am Ende, die Niederlage bei der Bundestagswahl 2013 unausweichlich – ja, wenn.

Harmonischer Übergang

Dies zu verhindern ist der großgewachsene, junge Hoffnungsträger Christian von Boetticher (40) angetreten, den die CDU im nördlichsten Bundesland in einem harmonischen Übergang zuerst zum Fraktions- und Landesvorsitzenden und nun auch zu ihrem Spitzenkandidaten gemacht hat. Kooperativ begleitet und gefördert vom Landesvater und im Volk fest verankerten Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, der sich im Stillen auf seinen Ruhestand auf der nordfriesischen Insel Nordstrand freut.

Christian von Boetticher entstammt einer balten-deutschen Familie, die mit einem Flüchtlingstreck 1945 nach Norddeutschland kam. Er setzt auf konservative Tugenden und unter anderem darauf, dass eine Generation der nächsten mehr hinterlässt als sie selbst vorgefunden hat. Er bekennt sich ausdrücklich zu Fleiß, Ehrlichkeit, Sparsamkeit und Verzicht

und erinnert sich an seinen Vater, der sein Studiengeld und den Lebensunterhalt für die Familie als Bergmann in der Zeche Zollverein verdiente und auf dem Fahrrad zwischen seinem Arbeitsplatz und dem Wohnort am Wochenende hin und her fuhr.

Der promovierte Rechtsanwalt, Junggeselle und Sylt-Fan spricht aus, was man sonst aus Politikermund in dieser Klarheit selten hört: „Wer morgens aufsteht und den ganzen Tag hart arbeitet, muss abends mehr Geld in der Tasche haben als derjenige, der liegen bleibt!"

Mann der klaren Aussprache

Das provoziert Widerspruch, denn er setzt noch einen drauf: „Wir müssen umsteuern und unsere Ausgaben senken – aber Einsparen ohne Verzicht gibt es nicht. Wir erleben viele Demonstrationen vor dem Landtag: Fischer, deren Hafen wir nicht mehr finanzieren können, weil er immer mehr versandet; Theaterschaffende und Publikum, denen wir etwas von den 130 Euro, mit denen wir jede Theaterkarte subventionieren, nehmen müssen; Mitarbeiter von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Volkshochschulen, die alle Einsparungen hinnehmen müssen. Und ein jeder sagt: ‚Ich verstehe ja, dass Ihr sparen müsst … aber doch bitte nicht bei mir!'"

Wie man sieht, ein Mann der klaren Aussprache. In seinen Thesen alles andere als angepasst, einer aus der zweiten Reihe, aus der Nachwuchsriege der Union, realitätsbezogen und pragmatisch im Handeln, meinungsfreudig und wertebewusst. Wie viele in seinem Alter bekennt er sich offensiv zu Werten, die in seinen Augen der Beliebigkeit, der Auswechselbarkeit, geopfert wurden, um bloß nicht die angesagten Trends des mutmaßlichen Zeitgeistes und die Ratschläge der Pferdeflüsterer aus der Demoskopie zu verpassen.

Biedermann und Brandstifter

Schau'n wir mal, wie er sich schlägt. Einen Vertrauensvorschuss hat er allemal verdient. Seine Mission ist nicht leicht. Eine künftige Koalition mit der FDP wird es aus heutiger Sicht nicht mehr geben, eher mit den Grünen. Die SPD leistet sich zwei Spitzenleute: Dem moderaten Spitzenkandidaten und Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig als Sympathieträger hat man den streitsüchtigen und in der eigenen Partei höchst umstrittenen Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner an die Seite gestellt, die nun das Stück vom Biedermann und Brandstifter geben.

Ob die Linke nochmals den Sprung in den Landtag schafft, ist ungewiss, anders die Dänen-Partei SSW (Süd-Schleswigscher-Wählerverband), die von der 5-Prozent-Klausel befreit ist und bei einem Stimmergebnis von 4,3 Prozent mit vier Abgeordneten im Landtag sitzt. Die Partei der dänischen Minderheit ist traditionell links gepolt und verweigert sich seit Jahrzehnten als Unterstützer einer bürgerlichen Mehrheit. Mehrheitsbildung in einem Sechs-Parteien-Parlament – keine leichte Aufgabe für Christian von Boetticher.

DIE AUSGANGSLAGE

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im September 2009 haben CDU und SPD, die zuvor in einer großen Koalition das Land regierten, zum Teil zweistellige Verluste beschert. Im neuen Landtag haben CDU und FDP zusammen 48 Sitze und bilden eine Koalitionsregierung, die Opposition aus SPD, Grünen, Linken und dem dänisch gesinnten SSW verfügt über 47 Sitze.

Obwohl sie nicht die Mehrheit der Stimmen erhielten (CDU 31,5 %, FDP 14,9 %), errangen beide Parteien, wenn auch knapp, die Mehrheit der Sitze. Dies geht auf eine Eigenart des schleswig-holsteinischen Wahlrechts zurück, die vor dem Landesverfassungsgericht angefochten wurde. In einer höchst umstrittenen Entscheidung verfügte das Gericht daraufhin eine vorgezogene Neuwahl des Landtags, die statt turnusgemäß im Herbst 2013 nun schon am 6. Mai 2012 stattfindet.

Nach heutigem Stand stehen die Chancen für eine Neuauflage der schwarz-gelben Koalition schlecht, vor allem auch deswegen, weil niemand der FDP, deren Frontmann der exzentrisch-unberechenbare Wolfgang Kubicki ist, zutraut, dass sie abermals knapp 15 % holt.

G.K.

Dr. Christian von Boetticher

geboren am 24.12.1970 in Hannover, Abitur in Pinneberg/ S-H, Studium der Rechtswissenschaft in Kiel und Hamburg, seit 2002 tätig als Rechtsanwalt

Erfahrung als Kommunalpolitiker und Ehrenamtsträger der CDU auf Orts- und Kreisebene

1999 bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments, 2005 bis 2009 Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, seit Oktober 2009 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, seit September 2010 Landesvorsitzender der CDU S-H, seit Mai 2011 Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl am 6. Mai 2012

Von Boetticher ist Mitglied der MIT, der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU

„Wir sollten uns nicht als Wohlfühlpolitiker darstellen“

Interview mit dem Spitzenkandidaten der CDU in Schleswig-Holstein, Dr. Christian von Boetticher

Peter Harry Carstensen ist sicher eher ein Gemütsmensch und ich ein Kopfmensch. Aber eines eint uns: **Wenn wir etwas für richtig halten, sind wir echte Dickschädel, die ihren Weg auch unbeirrt gehen!**

Sie sind Landes- und Fraktionsvorsitzender und seit wenigen Wochen auch Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl am 6. Mai 2012. Keine schlechte Ausgangsposition ....

Christian von Boetticher: Das stimmt, dass ist eine gute Ausgangsposition für den Wahlkampf. Die CDU ist auf allen Ebenen gut aufgestellt. Ich werde in diesen Funktionen meinen Beitrag zu einem Wahlsieg am 6.Mai 2012 leisten.

Es heißt, Sie setzen auf konservative Tugenden. Was ist Ihre Definition von „konservativ“?

von Boetticher: Politik ist dann konservativ, wenn Menschen noch in zwanzig Jahren von heutigen Entscheidungen sagen: „Das war richtig!“. Konservative Werte sind für mich: Fleiß, Disziplin, Sparsamkeit, Denken in Generationen. Auf diesen Werten wurde nach dem Krieg Deutschland wieder aufgebaut, das Wirtschaftswunder organisiert. Sie müssen aber erweitert werden, um die Werte Toleranz, Humanität und Weltoffenheit.

Heißt konservativ für Sie auch Verlässlichkeit, Grundsatztreue, Berechenbarkeit und – wenn nötig – sich dem Zeitgeist zu widersetzen?

von Boetticher: Ja, auch das sind Werte, die ich meiner Partei zuschreibe. Ein gutes Beispiel hierfür ist sicherlich das Sparpaket, das wir in Schleswig-Holstein verabschiedet haben. Natürlich beinhaltet es in vielen Bereichen harte Einschnitte. Die Alternativen sehen wir in Griechenland, wo am Ende andere die Politik bestimmen. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir unseren eigenen Sparkurs umsetzen und standhaft bleiben. So ist eine Partei berechenbar und für die Menschen erkennbar.

Wo erkennen Sie diese Werte in der Bundespolitik, bzw. wo erkennen Sie Defizite?

von Boetticher: Konservative Politik ist ja keine rückwärtsgewandte Politik. Ich denke, wir müssen unsere über Generationen als richtig erkannten Werte auf die heutige Gesellschaft anwenden. Ein Beispiel ist die Familienpolitik: Für uns bedeutet eine Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Das hat sich auch nicht geändert, auch wenn man heute den Eindruck gewinnen kann, dass die Politik nur noch über Alleinerziehende redet. Unsere Aufgabe ist es, Lösungen für Alleinerziehende anzubieten, ohne die intakte traditionelle Familie zu vergessen. Wer sich als Elternteil selbst um die Erziehung kümmert, kann, will und darf nicht der Dumme sein.

Erkennbar werden diese Werte in der Bundespolitik z. B. im Arbeitsprogramm „Verantwortung Zukunft“. Mit dem Programm greift die CDU die Herausforderungen der Zukunft auf. Da werden heute Entscheidungen im Bereich der Finanzen oder der Integration getroffen, von denen Deutschland in zehn Jahren immer noch profitieren kann, sei es durch einen ausgeglichenen Staatshaushalt oder durch die gelungene Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Defizite sind vor allem immer dann zu erkennen, wenn die Politik mehr den kurzfristigen Umfragen hinterherläuft, als langfristig eine Position zu beziehen und den Menschen damit einen Ankerpunkt zu liefern. Ich war einer der wenigen, die Karl-Theodor zu Guttenberg wegen der Aussetzung der Wehrpflicht kritisiert haben, weil wir eine solche Institution nicht hätten aufgeben dürfen, ohne zu wissen, wie eine Freiwilligenarmee funktionieren soll. Die Probleme hat jetzt sein Nachfolger. Und in der Frage der Kernkraft muss doch die CDU neben dem Umstieg auf erneuerbare Energien immer noch für Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise stehen – auch wenn sich alle anderen Parteien und die Medien nur noch über die Schnelligkeit des Ausstiegs Gedanken machen. Wir sollten uns nicht als „Wohlfühlpolitiker“ darstellen, die allen das versprechen, was tagesaktuell gewünscht wird. Es lohnt sich, klare Kante zu zeigen, auch auf die Gefahr hin, nicht alle zufrieden zustellen.

Was werden Sie anders machen als Peter Harry Carstensen?

von Boetticher: Peter Harry Carstensen hat als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins eine hervorragende Arbeit geleistet und das unter schwierigen Bedingungen. Zunächst in der großen Koalition, in der wir manchmal mehr mit Störfeuern unseres Koalitionspartners als mit der Opposition zu kämpfen hatten. Und jetzt in der Koalition mit der FDP, in der die Landesregierung gegen viele Widerstände und Proteste einen harten Sparkurs fahren muss.

Peter Harry Carstensen und ich sind ja verschiedene Menschen, und zudem bin ich fast 25 Jahre jünger. Da gibt es einfach unterschiedliche Sichtweisen auf bestimmte Dinge und verschiedene Wege, Probleme zu lösen. Ich bin in einer globalisierten Welt groß geworden und habe meine ersten politischen Schritte in Brüssel und damit im Ausland gemacht. Das prägt – auch den Blick über den Horizont. Peter Harry Carstensen ist sicher eher ein Gemütsmensch und ich ein Kopfmensch. Aber eines eint uns: Wenn wir etwas für richtig halten, sind wir echte Dickschädel, die ihren Weg auch unbeirrt gehen!

Die FDP schwächelt bundesweit erheblich, die Grünen sind im Aufwind und die SPD stagniert. Letztere tritt in Schleswig-Holstein janusköpfig auf: Man könnte sagen mit einem Biedermann und einem Brandstifter. Wie ist Ihre Strategie?

von Boetticher: Die CDU setzt im Wahlkampf auf Inhalte. Stegners SPD wird sich weiterhin links positionieren und über schuldenfinanzierte Wahlversprechen zum Erfolg kommen wollen, programmatisch hat sich der Spitzenkandidat also nicht durchgesetzt. Durch unseren geradlinigen Sparkurs, aber auch durch Akzente in Bildungsqualität und Mittelstandspolitik, wird deutlich werden, dass wir die einzige Partei sind, die beides kann – hart sparen und intelligent investieren.
Die Grünen sind nach den letzten Landtagswahlen in eine Art Kaninchenstarre verfallen und wagen nicht – aus Angst davor, die schönen Umfrageergebnisse zu ruinieren – sich klar zu positionieren.

Mein Wahlziel ist eine Fortführung der schwarz-gelben Koalition unter meiner Führung. Die FDP hat mit ihrem Führungswechsel auf Bundesebene Mut bewiesen, den Weg einer klaren Verjüngung zu gehen. Wolfgang Kubicki ist eine streitbare Person, aber in der Koalition ein verlässlicher Partner. Bei uns im Land läuft es jedenfalls sehr gut, das wird sich in einem Jahr, am 6. Mai 2012, auch auszahlen.

Halten Sie in Kiel auch eine schwarz-grüne Koalition für möglich? Wie beurteilen Sie die Voraussetzungen dazu?

von Boetticher: Der Bruch der schwarz-grünen Koalition in Hamburg hat schwarz-grüne Bündnisse natürlich erst einmal deutlich erschwert. Die Grünen sind dort am Widerstand der Bevölkerung gescheitert – sie konnten weder die Elbvertiefung noch das Kohlekraftwerk verhindern, ihre Schulreform ist genauso abgelehnt worden wie ihr 500 Mio. € teures Prestigeprojekt Stadtbahn. Und dann haben sie die erstbeste Gelegenheit genutzt, um sich aus dem Staub zu machen. Zudem bestehen auch erhebliche Unterschiede zwischen den politischen Positionen der Grünen und unseren Positionen in Schleswig-Holstein. Als Beispiel lässt sich hier vor allem die Haltung zu unserer Land- und Forstwirtschaft nennen, aber auch insgesamt zur mittelständischen Wirtschaft und den ländlichen Räumen. Wir werden beobachten, wie sich die Grünen in Schleswig-Holstein programmatisch entwickeln, ob sie z. B. endlich der Zerschlagung des Gymnasiums abschwören.

Obwohl in Schleswig-Holstein drei von 17 Kernkraftwerken stehen, zwei von ihnen sind seit vier Jahren ohnehin abgeschaltet, ist diese Diskussion in Ihrem Land kein besonderes Thema...?

von Boetticher: Auch vor der Erdbebenkatastrophe in Japan wurde in Schleswig-Holstein, insbesondere vor dem Kraftwerk Krümmel, immer mal wieder demonstriert. Wir als CDU Schleswig-Holstein haben auf unserem Parteitag unsere energiepolitischen Leitlinien diskutiert und beschlossen. Die CDU steht hier seit Jahren hinter dem Ausbau der Windenergie, der uns insbesondere an der strukturschwachen Westküste Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Anlagenbau und Forschung sichert. Jahrelang wurde aber nicht in neue Netze investiert und die geplanten Netze von Umweltorganisationen beklagt, so dass der Strom häufig nicht abfloss. So sind bisher auch die Offshore-Windparks auf der Strecke geblieben – was sich jetzt ändern soll. Nun wissen wir auch, dass Wind nicht immer weht und wir die notwenigen Speicherkapazitäten noch nicht haben. Bis die Offshore-Windkraft ausgebaut ist und durch bundesweite Trassen auch den Süden mit Strom beliefert, dauert es noch einige Jahre, in denen wir aufgrund von Versorgungssicherheit und Preisstabilität auch Kernkraft noch benötigen.

Sie sind 40 Jahre alt, waren bereits 5 Jahre im Europaparlament, 4 Jahre Minister – was ist Ihr nächstes berufliches oder politisches Ziel?

von Boetticher: Mein Ziel ist es, im Mai 2012 einen klaren Wahlsieg für die CDU herauszuholen – und dann als Ministerpräsident des schönsten Bundeslandes den harten Weg bis 2020 zu beschreiten, das Jahr, ab dem wir generationengerecht dauerhaft ohne neue Schulden auskommen werden.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Foto: dpa picture alliance

Experten rechnen mit einem Zuwachs an Arbeitskräften gerade im Baugewerbe. Auch Dienstleister des Hotel- und Gaststättengewerbes und in den Pflegeberufen werden die Chance nutzen

„Eine große Chance für Deutschland "

Die Zuwanderung von Arbeitskräften birgt enormes Potenzial für den Mittelstand

Interview mit Dr. Johann David Wadephul, MdB

Bereits seit dem Jahr 2004 gilt die EU-Dienstleistungsfreiheit. Selbstständige aus vielen Osteuropäischen Ländern dürfen hier in Deutschland ihre Dienste anbieten. Zum 1. Mai 2011 hielt nun auch die Freizügigkeit für Arbeitnehmer in Deutschland Einzug. Deutschland hat damit die sieben Jahre Übergangszeit voll ausgeschöpft, die den alten Mitgliedsländern gewährt wurde.

Der Schritt in die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist aber hoch umstritten. Wir sprachen mit dem Arbeitsrechts-Experten und MIT-Mitglied Dr. Johann David Wadephul über Risiken und Chancen für den Mittelstand in Deutschland.

Herr Wadephul, seit Anfang Mai 2011 gilt auch in Deutschland die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht EU-Beitrittsstaaten aus Mittel- und Osteuropa, darunter Polen, Tschechien und Ungarn. Welche Auswirkungen erwarten Sie für den deutschen Arbeitsmarkt?

Jo Wadephul: Die Auswirkungen für unseren Arbeitsmarkt halte ich für gering. Die meisten Experten rechnen mit einer Zahl zwischen 100.000 und 150.000 Arbeitskräften aus Osteuropa, die nach Deutschland kommen werden. Das ist wenig, wenn man bedenkt, dass in diesen acht Staaten rund 73 Millionen EU-Bürger leben. Hinzu kommt, dass wir allein in diesem Jahr einen Verlust von 200.000 Arbeitskräften infolge des demographischen Wandels zu verzeichnen haben und das bei einem erfreulichen Wirtschaftswachstum wie kaum ein anderes Land ihn hat. Wir müssen uns deshalb keine Sorgen über eine unbeherrschbare Zuwanderungswelle machen.

Sehen Sie mehr Chancen als Risiken durch die Öffnung unseres Arbeitsmarktes? Werden die Polen, Balten, Slowaken und andere uns die Arbeitsplätze wegnehmen?

Wadephul: Nein. Ich sehe die Arbeitnehmerfreizügigkeit als große Chance für Deutschland. Ich bin überzeugt, dass die neuen Arbeitskräfte, die dann zu uns kommen, unserer wirtschaftlichen Entwicklung helfen werden und helfen, unseren zunehmenden Fachkräftemangel zu beseitigen. Die Bundesagentur für Arbeit spricht von einer „Wachstumsspritze" in diesem Zusammenhang. Im übrigen haben wir uns mit der Öffnung sieben

Jahre lang Zeit gelassen, um langsam die Märkte anzupassen. Wenn es uns gelingt, junge und gut ausgebildete Menschen, die hier Arbeit suchen, zu bekommen, gibt es jede Menge Gewinner. Deutschland profitiert am meisten von Europa.

Warum hat Deutschland dann neben Österreich seinen Arbeitsmarkt für Osteuropäer so lange abgeschottet, wenn es gleichzeitig so stark wie kaum ein anderes Land vom Freihandel profitiert?

Wadephul: Es war richtig, dass wir von der Möglichkeit einer schrittweisen Anpassung unseres Arbeitsmarktes an die veränderten Bedingungen Gebrauch gemacht haben. Man muss sich vergegenwärtigen, dass im Jahr 2004 knapp 4,4 Millionen Menschen arbeitslos waren. Die Sorge vor einem Ansturm aus den osteuropäischen Staaten, die im Jahr 2004 neu in die Europäische Union aufgenommen wurden, war erheblich. Auch vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise hat Deutschland von einer schnelleren Öffnung abgesehen, um den eigenen Arbeitsmarkt nicht zu überfordern.

Besonders die Gewerkschaften warnen schon seit Monaten vor Kolonnen von „Lohndrückern" ab dem 1. Mai. Der SPD-Vorsitzende Gabriel behauptet, dass osteuropäische Arbeitskräfte auf unseren ersten Arbeitsmarkt „eindringen" werden? Halten Sie solche Warnungen für berechtigt?

Wadephul: Solch eine Panikmache halte ich weder für sachlich gerechtfertigt noch im Ton für angemessen. Dies ist kein guter Umgang mit unseren europäischen Nachbarn.
Die meisten Experten, so auch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, gehen von keinen spürbaren negativen Effekten auf unser Lohngefüge und unsere Arbeitslosenquote aus. Dies bestätigen auch die Erfahrungen der Länder wie Großbritannien und Irland, die ihre Arbeitsmärkte schon im Jahr 2004 geöffnet haben.
Im übrigen hat die Bundesregierung in vielen sensiblen Branchen schon Mindestlöhne eingeführt, die von den Zuwanderern nicht unterlaufen werden dürfen. Acht branchenspezifische Mindestlöhne vom Baugewerbe über Pflege bis hin zur Zeitarbeit haben wir im Arbeitnehmerentsendegesetz ermöglicht. Vielen ist außerdem gar nicht bewusst, dass schon etliche Hunderttausende von Osteuropäern nach Deutschland kamen und bereits als Saisonarbeitskräfte bei uns arbeiten.

Als Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages sind Sie als Berichterstatter unter anderem für Polen zuständig. Wie ist die Stimmung in Polen? Gibt es auch dort Sorgen und Ängste?

Wadephul: Ich komme gerade von einer Reise aus Warschau zurück. Dort habe ich mit mehreren Vertretern aus Wirtschaft, Handwerk und auch den Gewerkschaften gesprochen. Insgesamt sind die Polen deutlich gelassener, was die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit als wichtigen Bestandteil des Binnenmarktes betrifft. Polen hat jedoch ebenso wie wir ein Fachkräfteproblem und Sorge vor der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland.
Die deutsche Diskussion über die Zuwanderung wird in Polen genau beobachtet. Es kommt dort nicht gut an, wie bei uns zum Teil über polnische Arbeitskräfte geredet wird und Ängste geschürt werden. Ich plädiere für mehr Gelassenheit und eine aufgeschlossene Debatte bei uns.

Rechtsanwalt Dr. Johann David Wadephul ist 48 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Töchtern. Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter vertritt er den Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde in Berlin. Im Deutschen Bundestag ist er Mitglied im Ausschuss für Arbeit & Soziales sowie im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Ostseeparlamentarier-Konferenz. Wadephul war Generalsekretär sowie Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein. Er ist Mitglied der MIT und des Parlamentskreises Mittelstand der Unions-Bundestagsfraktion sowie des CDU-Bundesvorstands

Wo sehen Sie die Chancen für unseren Mittelstand und unser Handwerk, die die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes bietet?

Wadephul: Wenn wir uns vor Augen führen, dass das deutsche Handwerk nach aktuellen Zahlen rund 10.000 Stellen nicht besetzen kann und wir gleichzeitig bis zum Jahr 2020 ca. vier Millionen Arbeitskräfte verlieren, so steckt in der Zuwanderung von Arbeitskräften ein enormes Potenzial. Junge, mobile und gut ausgebildete Menschen aus Polen, Tschechien, Ungarn und den baltischen Staaten können einen Beitrag leisten, um die Nachwuchsprobleme bei Ingenieuren und Facharbeitern zu lösen. Unternehmer in grenznahen Regionen sagen mir, dass sich jetzt für Lehrstellen, auf die sich kein Jugendlicher mehr beworben hat, junge Menschen aus Polen und Tschechien interessieren.
Experten rechnen mit einem Zuwachs an Arbeitskräften gerade im Baugewerbe, ferner in der Industrie - etwa im Maschinenbau, wo Facharbeiter gefragt sind. Auch Dienstleister des Hotel- und Gaststättengewerbes und in den Pflegeberufen werden die Chance nutzen.

Ist Deutschland auf die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes gut vorbereitet? Wie lautet Ihr Fazit?

Wadephul: Deutschland ist mit seiner schrittweisen Anpassung des Arbeitsmarktes und den Erfahrungen aus anderen EU-Ländern gut vorbereitet. Damit Deutschland im Wettbewerb um die klugen Köpfe weltweit weiter vorne mitspielen kann, brauchen wir Fachkräfte, die fleißig arbeiten und unseren Wohlstand sichern. Diesen Menschen müssen wir deutlich machen: Ihr werdet bei uns gebraucht, Ihr seid willkommen. Dazu brauchen wir Offenheit gegenüber Fachkräften aus den neuen Beitrittsstaaten. Ebenso wichtig ist die Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen. Dazu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der im Bundestag noch verabschiedet werden muss. Unseren einheimischen Arbeitskräften müssen wir deutlich machen, dass eine Zuwanderung an Arbeitskräften unseren Wohlstand steigen lässt, weil jede Stelle, die nicht besetzt werden kann, Wertschöpfung vernichtet. Es fehlt also an Geld, das andernorts investiert werden kann – auch in neue Arbeitsplätze für Deutsche.

Foto: BilderBox

Personalakte im Hängeregister – das war einmal. Heute erleichtern Softwarelösungen die Arbeit im Personalmanagement und bieten Verknüpfungen mit Web 2.0-Angeboten

Fotos: ESB Business School Reutlingen

Karrierestart im Masterhut: Die ESB Business School Reutlingen bildet Ex-Bundeswehr-Offiziere weiter für eine zivile Verwendung

Wie wär's mit einem Offizier und Gentleman?

Die Bundeswehr ist besser als ihr Ruf. Kasernenton, Drill und autoritäres Gehabe gehören beim Bund schon lange nicht mehr zum Führungsstil. Ehemalige Offiziere sind top-ausgebildete Kräfte, die moderne Führungsmethoden aus dem Effeff beherrschen.

„Viele unserer Absolventen möchten gerne in den Mittelstand. Das sind Machertypen. Die wollen nicht in erster Linie viel Geld verdienen, sondern einen interessanten Job, in dem sie etwas bewegen können", erklärt Professor Stefan Busch, Studiengangsleiter für den MBA Internationales Management an der ESB Business School Reutlingen. Und dafür sind die ehemaligen Offiziere gut gerüstet: Einerseits haben die Absolventen der ESB Business School einen MBA. Da der Studiengang gemeinsam mit der Universität der Bundeswehr in München durchgeführt wird, erhalten die Absolventen ein Masterzeugnis von beiden Partnerinstituten. Sie sind also hervorragend für internationale Managementaufgaben ausgebildet.

Andererseits verfügen sie über einen zusätzlichen Hochschulabschluss, viele von ihnen sind Ingenieure. „Das sind vollwertige technische Abschlüsse", erklärt Studiengangsleiter Busch. „Bei den Inhalten der Ausbildung gibt es keinen Unterschied zum zivilen Studium." Zwar ist das Studium an den Universitäten der Bundeswehr kürzer als üblich. Dafür haben die angehenden Offiziere allerdings Trimester mit vier Wochen Jahresurlaub statt der sonst üblichen Semester mit mehrmonatigen Semesterferien. Faktisch wird also dieselbe Stoffmenge in kürzerer Zeit durchgenommen. Nach dem Studium werden sie - je nach Bedarf der Armee - an ihren jeweiligen Einsatzort versetzt. Klar, dass die Offiziere beim Militär weniger Branchenkenntnisse erwerben können als entsprechende zivile Kräfte. Vieles hängt allerdings vom konkreten Einsatzbereich und den Aufgaben im Einzelfall ab.

Foto: dpa picture alliance

Viele Unternehmen ahnen nicht einmal, welches Potenzial in den gut ausgebildeten und schon in jungen Jahren mit reicher Managementerfahrung ausgestatteten Ex-Bundeswehr-Offizieren steckt. Auf unserem Foto gratuliert Verteidigungsminister de Maiziere einem Soldaten des Wachbataillons zum Geburtstag

Genauer hinsehen

Mittelständler müssen also vor der Einstellung genau prüfen, welche Posten der Offizier auf seiner militärischen Laufbahn tatsächlich innehatte. „Auf vielen Dienststellen wird keine spezielle Fachrichtung, sondern beispielsweise lediglich der Ingenieur vorausgesetzt. Dadurch kann es schon mal vorkommen, dass etwa ein Luft- und Raumfahrtingenieur hinterher ein U-Boot fährt“, so Busch. Für Jobs, die detaillierte Branchenkenntnisse und hervorragende Kontakte erfordern, sind solche Leute natürlich anfangs nicht geeignet. Dafür sind sie top in allen Schnittstellenpositionen, bei denen sowohl Managementaufgaben als auch technisches Verständnis gefordert sind.

Die ganz große Stärke der Ex-Offiziere liegt allerdings woanders: Sie verfügen schon in jungen Jahren über strategisches Denken, reichlich Projektmanagement-Know-how und vor allem Führungserfahrung. Denn die Bundeswehr ist trotz ihrer Größe weniger mit einem Großunternehmen vergleichbar als mit einem Mittelständler. In der täglichen Praxis haben Offiziere es mit eher kleinen Einheiten zu tun. „Ein Bataillon hat 600 bis 800 Leute. Viele unserer Absolventen waren vorher Kompaniechefs, haben also 30 bis 120 Leute geführt“, erklärt Busch. In dieser Position sind die Aufgaben sehr vielfältig: Personal, Logistik, juristische Fragen, Strategieentwicklung und vieles mehr gehören zum täglichen Dienst. „Unsere Absolventen denken deshalb sehr ganzheitlich und strategisch und durchdenken die Konsequenzen von Entscheidungen gründlich“, so der Studiengangsleiter.

Veraltetes Bild vom Offizier

Viele mittelständische Unternehmen trauen den Ex-Offizieren trotz dieser Kompetenzen aber nicht so recht über den Weg: „Die Firmen befürchten, dass es sich bei den Absolventen um autoritäre, strikt in den Kategorien von Befehl und Gehorsam denkende Persönlichkeiten handelt, die andere

Mitarbeiter im Kasernenton anbellen und sich weder in Teams integrieren können, noch mit den flachen Hierarchien der zivilen Welt klarkommen", weiß Professor Busch aus vielen Gesprächen. Doch dieses Bild ist inzwischen völlig veraltet. „Die Führungsmethoden bei der Bundeswehr sind heutzutage moderner als in manchem Großunternehmen", erklärt der Studiengangsleiter. „Teamfähigkeit gepaart mit Durchsetzungsfähigkeit und Belastbarkeit der Bewerber sind bei den Auswahlverfahren der Bundeswehr die zentralen Auswahlkriterien. Einsame Entscheider mit Ellenbogenmentalität sind dort überhaupt nicht gefragt."

Bei der Bundeswehr ist inzwischen vielmehr das System der inneren Führung mit dem Prinzip der so genannten Auftragsführung etabliert: Das Ziel wird dem Offizier vorgegeben, wie er es erreicht, ist seine Sache. „Interessanterweise haben viele Großunternehmen ihre Führungsprinzipien an dieses System angelehnt, nicht umgekehrt", sagt Professor Stefan Busch.

Wenn es also ums Motivieren, um ein teamorientiertes Miteinander, um das gemeinsame, ergebnisorientierte Arbeiten und um strategisches Denken geht, sind die Ex-Offiziere erste Wahl. Finanziell gesehen machen sie für das Unternehmen keinen Unterschied: Die Gehälter sind nicht höher, aber auch nicht niedriger als bei anderen Kräften auf entsprechenden Positionen.

Selbstbewusst und loyal

Arbeitgeber sollten dennoch einige Besonderheiten in der Berufslaufbahn kennen, um Bewerber richtig einschätzen zu können: Zum einen sind Ex-Offiziere meist schon Anfang 30, bevor sie sich zum ersten Mal auf zivile Stellen bewerben, viele haben sogar bereits Familie. Zum anderen sind sie aufgrund der auftragsbezogenen Führung seit Jahren daran gewöhnt, sehr selbstständig und eigenverantwortlich zu arbeiten. Mit einer solchen Erwartungshaltung starten sie auch ihre zivile Karriere. „Das kann auf den ersten Blick so wirken, als ob der Ex-Offizier sich nichts sagen lassen wollte. Das ist aber überhaupt nicht zutreffend, sondern nur ein Ergebnis der unterschiedlichen Erwartungshaltungen. Hier braucht es manchmal eine gewisse Einarbeitungszeit, bis der Neue sich an die Gepflogenheiten des Hauses angepasst hat", so die Erfahrung von Stefan Busch.

Wenn es also ums Motivieren, um ein teamorientiertes Miteinander, um das gemeinsame, ergebnisorientierte Arbeiten und um strategisches Denken geht, sind die Ex-Offiziere erste Wahl.

Außerdem kommen die Bewerber im Vergleich zur zivilen Konkurrenz oft sehr zurückgenommen, fast schon angepasst daher. „Ex-Offiziere sind zurückhaltend mit Kritik. Es gehört zu ihrem Selbstverständnis, Dinge zuverlässig umzusetzen, auch wenn sie persönlich den Sachverhalt anders beurteilen", erklärt der Studiengangsleiter. „Das hat nichts mit meinungslosem Ja-Sagertum zu tun, sondern mit Loyalität. Wenn man sie explizit nach ihrer Meinung fragt, vertreten sie eine sehr fundierte und oft auch kritische Position." Für Unternehmer heißt das: Auch wenn sie ihre Uniform bereits abgelegt haben, sind ehemalige Offiziere sehr loyal. Man kann ihnen vertrauen und auch heikle Aufgaben übertragen. Dabei kann man sicher sein, dass sie im Sinne der Geschäftsführung handeln. Stefan Busch sieht es so: „Wer hoch qualifizierte und top motivierte Leute sucht, die zugleich führungsstark und teamfähig sind, wer Mitarbeiter braucht, die nicht nur Ihre Karriere und ihr Einkommen im Sinn haben, sondern in erster Linie aufgabenorientiert arbeiten, der ist mit unseren Absolventen bestens bedient."

Silke Becker

OFFIZIERE IM GRATIS-TEST

Praktika oder Masterarbeiten während des MBA-Studiums sind ideale Gelegenheit für Unternehmer, sich selbst ein Bild von den ehemaligen Offizieren zu machen. Dabei kann man in der täglichen Praxis sehen, wie sie sich ins Team integrieren. Die Studenten sind ideal für Projekte geeignet, die man im Unternehmen sowieso schon immer mal machen wollte, für die aber niemand Zeit hat. Die geballte Kompetenz gibt's mit Glück sogar zum Nulltarif: Da die ehemaligen Offiziere nach ihrem Ausscheiden bei der Bundeswehr noch so genannte Übergangsgebührnisse beziehen, sind sie finanziell abgesichert und nicht auf eine Praktikumsvergütung angewiesen.

Kontaktadresse:

Prof. Stefan Busch
Hochschule Reutlingen
ESB Business School
Alteburgstrasse 150
72762 Reutlingen
Tel. +49(0)7121/271 3042
E-Mail: stefan.busch@reutlingen-university.de
Homepage: www.international-mba-fuer-offiziere.de

1&1 legt Wert auf Energieeffizienz und verwendet ein intelligentes Kühlungssystem. Das warme Kühlwasser wird durch Freiluftkühler auf dem Dach geschleust

„Unser Umweltkonzept hat viele Bausteine“

Interview mit Robert Hoffmann, Vorstandssprecher der 1&1 Internet AG

Herr Hoffmann, immer mehr Hightech-Firmen entdecken „Green IT“ für sich. Was genau kann ich mir darunter vorstellen?
Robert Hoffmann: Der Begriff umfasst im Prinzip sämtliche Maßnahmen, die dazu beitragen, den Energieverbrauch und CO2-Ausstoß zu reduzieren. Ziel ist es, Informationstechnologie möglichst effizient einzusetzen und so einen Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten.

Warum setzt die ITK-Branche das Thema auf ihre Agenda?
Hoffmann: Die ITK-Branche leistet knapp sechs Prozent der weltweiten Wertschöpfung und ist damit ein starker Wirtschaftsfaktor. Sie ist jedoch auch ein nicht unbedeutender CO_2-Emittent und benötigt sehr viel Strom. Allein, um die circa 50.000 Serverräume und Rechenzentren in Deutschland zu versorgen, ist beispielsweise die Leistung von vier mittelgroßen Kohlekraftwerken nötig. Auf diese Weise werden jährlich über sechs Millionen Tonnen CO_2 produziert. Bisher führte ein Anstieg der Wirtschaftskraft nahezu zwangsläufig zu größerem Energiehunger. Das darf nicht ungebremst so weitergehen. Zumal wir zur Rücksichtnahme auf spätere Generationen verpflichtet sind.

Wie wollen Sie diese Entwicklung denn stoppen?
Hoffmann: Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, den Stromverbrauch zu reduzieren oder weniger CO_2 auszustoßen. Dass sich Ökonomie und Ökologie durchaus miteinander vereinbaren lassen, zeigen ja schon heute viele deutsche Firmen erfolgreich. Würden alle die verfügbaren Energieeffizienz-Technologien konsequent nutzen, dann könnte die Umweltbelastung innerhalb kurzer Zeit deutlich verringert werden.

Wie wichtig ist 1&1 der Umweltschutz?
Hoffmann: Sehr wichtig. Da wir möchten, dass Produkte wie die 1&1 Do-It-Yourself Homepage oder unsere E-Shops mit einem guten Gefühl genutzt werden, haben wir uns bereits vor Längerem Gedanken gemacht, welchen Beitrag wir zu einem verantwortungsbewussten und Ressourcen-schonenden Umgang mit der Natur leisten können.

Was unternimmt Ihr Unternehmen konkret?
Hoffmann: Unser Umweltkonzept hat viele Bausteine. So haben wir bereits beim Bau unserer Rechenzentren äußersten Wert auf Energieeffizienz gelegt und verwenden beispielsweise ein intelligentes Kühlungssystem. Das warme Kühlwasser schleusen wir zunächst durch Freiluftkühler auf dem Dach. Diese kommen ohne Energie-hungrige Kompressoren aus, weil sie die Außenluft zum Abkühlen nutzen. Selbst bei einer relativ hohen Temperatur von 10 Grad Celsius wird so durch eine natürliche Kühlung sehr viel Strom gespart.

Und wie sieht es mit den Servern aus?
Hoffmann: Daher achten wir selbstverständlich auch hier auf höchste Effizienz. Ein Großteil der Rechner wird speziell für 1&1 zusammengebaut. Wir verzichten dabei auf überflüssige Komponenten und setzen stromsparende Prozessoren sowie Netzteile mit weniger als 20 Prozent Wärmeverlust ein. Da wir zudem dafür sorgen, dass im Stand-By-Modus möglichst wenig Hitze abgesondert wird und die

Auf die Hardware entfallen rund 30 Prozent des gesamten Energiebedarfs eines Rechenzentrums

gekühlte Luft direkt in die Gehäuse der Server pressen, müssen unsere Serverräume nicht so stark gekühlt werden. Unser Webhosting-Betriebssystem ist eine Eigenentwicklung, basierend auf Linux. Dank der Modifikation können wir auf einem einzigen Rechner Daten von bis zu 10.000 Kunden verwalten - und schonen auf diese Weise ebenfalls Ressourcen.

Wissen Sie, was Ihre Aktivitäten insgesamt bringen?
Hoffmann: Durch unsere direkten Maßnahmen und Lösungen sparen wir rund 30.000 Tonnen CO2 pro Jahr ein. Neben der Tatsache, dass wir damit aktiv zum Umweltschutz beitragen, liegt das Stromsparen natürlich auch in unserem ureigensten Interesse – die Stromkosten sind nach Geräten und Infrastruktur der größte Kostenposten beim Betrieb eines Rechenzentrums. Die finanziellen Einsparungen, die wir durch den Einsatz Energie-sparender Technologien erzielen können, machen sich nicht zuletzt für unsere Kunden in günstigeren Tarifen bemerkbar.

Wie sieht es mit indirekten Einsparungen aus?
Hoffmann: Die lassen sich natürlich nur schwer beziffern. Durch die Entwicklung von Cloud-Lösungen leisten wir aber auch hier einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz. So hilft zum Beispiel unsere Online-Software beim Energiesparen. Denn ein PC, auf dem Anwendungsprogramme installiert sind, braucht leistungsfähige Hardware, damit diese reibungslos laufen. Je neuer die Software ist, desto üppiger muss zumeist die Ausstattung sein – der Stromverbrauch steigt. Das Arbeiten mit 1&1 Online Office erfolgt hingegen über den Browser, so dass der Computer nicht künstlich hochgerüstet werden muss. Also ist der Betrieb von Webseiten und Anwendungen in unserem Rechenzentrum nicht nur deutlich kostengünstiger als der Betrieb eigener Rechner, sondern aufgrund unserer höheren Energie-Effizienz auch deutlich umweltfreundlicher.

Wo werden die Daten gespeichert?
Hoffmann: Zentral und sicher in unseren modernen deutschen Hochleistungs-Rechenzentren. Da für den Zugriff auf geschäftliche Dokumente wie Texte, Tabellen und Präsentationen lediglich eine Internet-Verbindung erforderlich ist, muss man deshalb jetzt außerdem nicht mehr zwingend mit dem Auto ins Büro fahren, wenn nach Feierabend oder am Wochenende kurzfristig Informationen über ein wichtiges Projekt benötigt werden.

In Großbritannien ist vor einem Jahr das „Carbon Reduction Commitment Energy Efficiency Scheme" in Kraft getreten. Das Gesetz verpflichtet Firmen dazu, sich aktiv mit dem CO_2-Ausstoß ihrer Rechenzentren auseinanderzusetzen. Würden Sie so etwas Ähnliches auch in Deutschland gutheißen?
Hoffmann: Wir sind bereits auf einem sehr guten Weg in Sachen Umweltschutz. Das Gros der deutschen Firmen hat deutlich ehrgeizigere Klimaschutzziele als Unternehmen in anderen Staaten. Eine gesetzliche Regelung ist daher meiner Meinung nach nicht erforderlich. Wenn das Beispiel Schule macht, besteht die Gefahr nationaler Insellösungen. Im schlimmsten Falle gelten am Ende in jedem Land der Erde andere Bestimmungen, was zu einer Verzerrung des Wettbewerbs führen kann. Viel wichtiger ist es, das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Energiesparmaßnahmen konsequent zu schärfen. Ein freiwilliger Verhaltenskodex wie der „Code of Conduct" der Europäischen Kommission kann hier ein Ansatz sein. Beratungs- und Förderprogramme können ebenfalls hilfreich sein.

Glauben Sie, dass der Mittelstand grundsätzlich bereit ist für Green IT?
Hoffmann: Auf jeden Fall. Aktuelle Erhebungen zeigen, dass insbesondere kleine und mittelständische Betriebe bereit sind, auf Green IT umzusteigen. Die meisten sind von den Vorteilen überzeugt. Und neben einer positiveren Umweltbilanz gehört dazu nicht zuletzt der finanzielle Aspekt. Das Borderstep Institut hat errechnet, dass der deutsche Mittelstand im Zeitraum 2009 bis 2013 knapp 1,3 Milliarden Euro bei Servern und Rechenzentren einsparen könnte, wenn alle Energieeffizienz-steigernden Mittel voll ausgeschöpft werden würden.

Und dem Image kann es auch nicht schaden...
Hoffmann: Nein, ganz im Gegenteil. Wir haben eine Umfrage unter Online-Shoppern durchgeführt, die deutlich zeigt, wie umweltbewusst die Verbraucher in Deutschland sind. So bestätigte jeder Zweite, dass der Betrieb eines E-Shops mit regenerativen Energien ein wichtiges Entscheidungskriterium für den Einkauf bei einem Händler ist. Wir haben für unsere Kunden deshalb ein Logo konzipiert, dass sie sich kostenfrei über das persönliche Control-Center herunterladen können. So können unsere Anwender den Besuchern ihrer Webseite zeigen, dass ihnen der Umweltschutz wichtig ist und ihre Internet-Präsenz in einem grünen Rechenzentrum gehostet wird.

Robert Hoffmann,
Vorstandssprecher der 1&1 Internet AG

AUTO-TEST

Wird der Variant zum neuen Phaeton?

Große Klappe in siebter Generation: der Passat Variant ist eines der erfolgreichsten Autos der Welt und vor allem als Firmenwagen sehr beliebt

Mit mehr als 15 Millionen verkauften Fahrzeugen ist der Passat von VW eines der erfolgreichsten Autos der Welt. Zusammen mit dem Golf bildet er das Herzstück der Marke Volkswagen. Nun rollt der Vertreter- und Firmenwagen in der siebten Generation über unsere Straßen, aufgerüstet mit aller Technik, die der Konzern zu bieten hat. Von dynamischem Licht, Totwinkel-Warner, Parklenkassistent, City-Notbremsfunktion, Müdigkeitserkennung und allen möglichen Assistenzsystemen, die sonst die Oberklasse bietet. Apropos Oberklasse: Während sich am Passat Variant optisch kaum etwas verändert hat, sieht die Limousine ganz bewusst dem Phaeton immer ähnlicher. Dahinter steckt wohl der Versuch, zum einen eine jüngere Zielgruppe als Käufer zu gewinnen und zum anderen den Anteil der Limousine, der in der Passat-Familie bislang nur bei zehn bis 20 Prozent liegt, zu steigern.

Alle Passat-Modelle (Einstiegspreis ab 24.425 Euro) sind sparsamer im Verbrauch und sauberer geworden. Beispielsweise fährt der 1,6 TDI bei 70 Litern Tankinhalt und 4,2 Litern Verbrauch 1.660 km weit. Ein gutes Dutzend Motoren stehen zur Auswahl zwischen 1,4 und 3,6 Liter und von 122 bis 300 PS.

Fazit: Der Passat ist nach wie vor ein zuverlässiger Reisewagen und Langstreckler, der einen souveränen Eindruck macht. Als Kombi (Variant) wird er wohl seinen Marktanteil innerhalb der Baureihe und auch gegenüber Mitbewerbern souverän verteidigen, sofern für den Käufer nicht der Preis das wichtigste Entscheidungskriterium ist.

G.K.

FACELIFT BEI FORD

Der neue Mondeo überzeugt

Der größte Pkw von Ford, der Mondeo, als Limousine und als Kombi (Turnier) im Einsatz.

Optisch und technisch in zahlreichen Details weiterentwickelt, feierte der neue Ford Mondeo seinen Marktauftritt. Das Topmodell der Pkw-Produktreihe von Ford Europa ist in den zwei Karosserievarianten Fliessheck und Station Wagon erhältlich. Zu den markanten Neuerungen zählt neben einem frischen Karosserie-Design und einem aufgewerteten Interieur auch ein ganzes Bündel von fortschrittlichen Fahrerassistenz-, Sicherheits- und Komfortsystemen sowie neue, hocheffiziente Benzin- und Dieselmotorisierungen.

Zu den Kernelementen des neuen Designs zählt die unverwechselbare Frontpartie. Der untere Kühlergrill mit der charakteristischen Trapezform wurde nochmals kraftvoller ausgeführt. Die modifizierte Frontschürze zeichnet sich fortan durch markante LED-Tagfahrlichter aus. Die gleiche Technologie kommt auch für die stimmig modifizierten Rücklichter zum Einsatz. Den aktuellen Stand der Technik spiegeln auch zahlreiche innovative Informations- und Unterhaltungs-Features wider, die die jüngste Generation des Ford Mondeo auszeichnen. Hierzu zählt zum Beispiel das neu entwickelte Satelliten-Navigationssystem ebenso wie das Premium-Sound-System mit 265 Watt starkem 8-Kanal-Verstärker, optimiertem Lautsprechersystem.

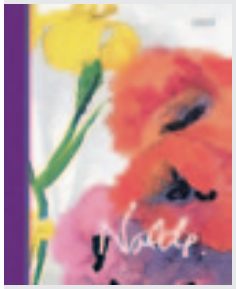
Die hohe Effizienz, die für alle Motorisierungen des neuen Ford Mondeo kennzeichnend ist, wird von verschiedenen innovativen Ford ECOnetic-Technologien zusätzlich verbessert. Hierzu zählt beispielsweise das Energie-Rückgewinnungs-System der Lichtmaschine.

Hinzu kommt ein ganzer Reigen wegweisender Fahrerassistenzsysteme. Viele von ihnen wie zum Beispiel Fahrspurassistent, Driver Alert und das automatische Fernlicht kommen erstmals in einem Serienmodell von Ford zum Einsatz. Andere Features wie das Warnsystem Toter Winkel, der Geschwindigkeitsbegrenzer und die Rückfahrkamera sind jetzt auch für die Ford Mondeo-Baureihe erhältlich.

G.K.

BÜCHER

Emil Nolde
Manfred Reuther (Herausgeber)
Hardcover, 304 S., 37 x 27,5 cm
Dumont Verlag, 78,- Euro
ISBN 978-3-8321-9331-7



Die schönsten und wichtigstenWerke von Emil Nolde vereint in einem Prachtband: Fulminante Illustrationen zeigen seine großen Themen – Menschen, Blumen und Gärten, Landschaften und Meere, Tiere –, die Vielfalt der Medien – Aquarell und Ölgemälde, eine Vielzahl grafischer Techniken sowie Skulptur –, auch in ganzseitigen Detailansichten. Eingebunden in die Erzählung seines Lebens und erläutert von den besten Kennern seines Werks, zeigt die Publikation Noldes Arbeiten in einer Pracht, die nur vom Original übertroffen wird. Herausgegeben vom Direktor der Nolde Stiftung Manfred Reuther, werden die sachkundigen Essays begleitet von Berichten von Zeitzeugen, Künstlerkollegen und Auszügen aus Noldes eigenen umfangreichen Schriften. Kunsthistorisch führen die Autoren das Werk bis ins 21. Jahrhundert: Was bedeutet uns der älteste unter den großen Expressionisten in seiner Eigenständigkeit und Konsequenz bis heute?

Nicht angepasst
Johannes Gerster
Hardcover, 328 S., 19,90 Euro
Leinpfad Verlag
ISBN 978-3-937782-95-9

In seiner Autobiografie erzählt der frühere CDU-Politiker Johannes Gerster (geboren 1941) von seinem Aufstieg und verschweigt dabei auch nicht seine persönlichen Triumphe und Krisen. Zum Beispiel lagen sein Aufstieg zum Spitzenkandidaten der CDU in Rheinland-Pfalz und seine Krebserkrankung eng beieinander. Ein spannender Blick hinter die Kulissen, geschrieben von einem weltoffenen und faszinierenden Zeitzeugen – authentisch und sehr persönlich.

Berlin Adenauerplatz
Richard F. Simonson
Taschenbuch, 136 Seiten 12,90 Euro
Contumax Verlag, Berlin
ISBN 978-3-86199-004-8

Der literarische Ansatz des Textes unterscheidet sich deutlich von den journalistischen, wissenschaftlichen oder essayistischen Stellungnahmen in der sogenannten Sarrazin-Debatte. Eingebettet in das reale Hier und Jetzt der Hauptstadt erzählt die fiktive Geschichte von den Auswirkungen des Todes der kaum verhohlen von Thilo Sarrazin inspirierten Kunstfigur Thor Sultan. So ist ein Hauptstadtkrimi entstanden, der in literarischer Freiheit ein zugespitztes Szenario beschreibt, das weder zwingend noch wünschenswert, aber denkbar und plausibel ist.

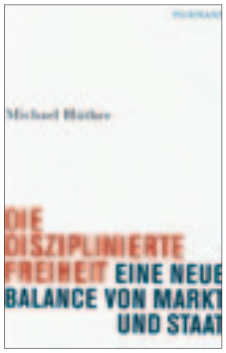
Denkmalsturz? Brandts Kniefall
Wolffsohn/ Brachenmacher
Hardcover, 178 S., 12,- Euro
Olzog Verlag
ISBN 3-7892-8162-4

Wollte Bundeskanzler Willy Brandt die 1969/70 über seine Ost-, Nahost- Geschichtspolitik besorgte, verärgerte und empörte „Jüdische Welt“ in Israel und der Diaspora besänftigen? Hat Brandt, wie sein Intimus Bahr, zwei heldenhafte Warschauer Widerstandsaktionen gegen Nazi-Deutschland miteinander verwechselt: den jüdischen Aufstand im Ghetto (1943) mit dem nationalpolnischen 1944? Hatte also Brandt die „falschen Opfer“ geehrt? Die beiden Geschichtsprofessoren versuchen sich an einer Antwort.

Trainingsbücher Lexware-Programme

Über eine Million Nutzer vertrauen auf Deutschlands führende Business-Komplett-Lösungen von Lexware für Selbstständige, Freiberufler und Unternehmen bis 50 Mitarbeiter. Zu den Programmen wurde eine Buchreihe mit Trainingsunterlagen konzipiert, die exakt auf die Software abgestimmt ist, so dass der Anwender und Nutzer kinderleicht in das jeweilige Programm einsteigen und systematisch darin arbeiten kann. Die Trainingsbücher zeigen Schritt für Schritt, wie das geht.
Leicht verständliche Texte und didaktisch aufbereitete Abbildungen erläutern alle wichtigen Funktionen.
Die 2011er-Versionen der Lexware-Programme: „Lexware buchhalter training“ und „Lexware lohn+gehalt training“, außerdem „Lexware warenwirtschaft training“ und „Lexware faktura+auftrag training“.

Die Disziplinierte Freiheit
Michael Hüther
Geb., 200 S., 19,90 Euro
Murmann Verlag
ISBN 978-3-86774-130-9



»Die wirklich große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik ist nicht die Krise, sondern die Normalität«, lautet die Ausgangsthese, die Michael Hüther, seit 2004 Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln und einer der führenden Ökonomen Deutschlands, in seiner ordnungspolitischen Programmschrift aufstellt. Darin nimmt er Stellung zu den großen Problemen von Wirtschaft und Gesellschaft. In den Politikfeldern der Zukunft wie Euro und Europa, Wachstum und Arbeit, Bildung und Migration setzt er pointierte Wegmarken zur Orientierung bei der zentralen Frage: Wie wollen wir eine Balance finden von Markt und Staat? Michael Hüther holt den Diskurs über Freiheit und Verantwortung auf die Ebene der politischen Normalität und versucht auf diese Weise, der Volkswirtschaft neue Horizonte zu eröffnen: »Ordnungspolitik ist die Anstrengung in der Ebene, das Bemühen für die Normalität. Es geht um Weitsicht und Prophylaxe. Es geht um Bedingungen für den Alltag, der im Grunde nichts anderes ist als sich ständig wiederholende Spiele.«

Unsere Gewinner aus Heft 4-2011

Christian Janßen, Goch; Sylvia Nemesch, Greiz; Volker Wessel, Lippstadt; Bernd Schanz, Neuweiler; Matthias Thon, Ahlen

Auch diesmal gewinnen die ersten 5 Leser, die per Mail unter dem Stichwort „Bücher“ melden, ein Buch: E-Mai: info@mitmagazin.com

Foto: BilderBox

Werbung: Ja – aber wie?

Nicht nur bei Preisnachlässen in der Werbung ist Vorsicht geboten – sonst kann es teuer werden

*Von Rechtsanwalt Dr. Jan Felix Isele**

Werbung kann eine schlagkräftige Waffe sein. Sie kann aber auch zum Bumerang werden, wenn sie nicht zulässig ist. Dann drohen nämlich Abmahnungen und Einstweilige Verfügungen von Mitbewerbern oder Verbraucherschutzverbänden. Die Folgen eines solchen Verbotes können gravierend sein. Ganze Werbekampagnen oder sogar Akquiseformen müssen ggf. aufgegeben werden. Die entscheidende Frage lautet damit: Wann ist Werbung unlauter?

Hier unterscheidet man zwischen der Form der Werbung einerseits und deren Inhalt andererseits.

Haustürwerbung/Werbung auf Jahrmärkten grundsätzlich zulässig

Als erste Werbeform ist zunächst die Haustürwerbung zu nennen. Diese ist grundsätzlich zulässig. Erst dann, wenn der aufgesuchte Kunde unsachlich beeinflusst wird oder über den Werbecharakter des Hausbesuches getäuscht wird, ist die Haustürwerbung verboten. Das Ansprechen in der Öffentlichkeit, beispielsweise an Werbeständen im Supermarkt, ist wiederum vom Grundsatz her unzulässig. Eine Ausnahme macht die Rechtsprechung aber dann, wenn der Werber von vornherein ohne weiteres als solches erkennbar ist. Dies ist dann der Fall, wenn er hinter dem Werbestand bleibt und von dort aus die Passanten anspricht. Oder aber dann, wenn er beispielsweise Kleidung trägt, die auch dann erkennen lässt, dass er zu dem Werbestand gehört, wenn er sich von diesem entfernt hat. Das Ansprechen auf Jahrmärkten und Messen wiederum ist grundsätzlich zulässig. Hier rechnet schließlich der Besucher mit einer entsprechenden Ansprache. Auch die Briefkastenwerbung ist grundsätzlich zulässig. Anderes gilt jedoch dann, wenn an dem Briefkasten ein Sperrvermerk dahingehend angebracht ist, dass man Werbung nicht wünsche.

Telefonwerbung grundsätzlich unzulässig

Grundsätzlich unzulässig ist wiederum die Telefonwerbung. Hier gilt: Nur dann, wenn der angerufene Verbraucher darin eingewilligt hat, zu Werbezwecken angerufen werden zu wollen, darf er ausnahmsweise angerufen werden. Diese Einwilligung muss dabei ausdrücklich erfolgen. Deshalb reicht die bloße Eintragung im Telefonbuch nicht. Auch bloße geschäftliche Beziehungen reichen nicht aus. Ein bloßes Schweigen schon gar nicht. Auch nicht das mutmaßliche Interesse am Anruf. Nicht ausreichend ist ferner, wenn der Angerufene sich erst (nachträglich) in dem Telefonat selbst mit der Werbung einverstanden erklärt. Dies gilt jedenfalls für Telefonwerbung gegenüber Verbrauchern. Gegenüber (potenziellen) Geschäftskunden ist beispielsweise auch ein mutmaßliches Einverständnis unter Umständen ausreichend.

Werbung per Telefax oder per E-Mail grundsätzlich unzulässig

Entsprechendes gilt für die unaufgeforderte Werbung per Telefax oder per E-Mail. Auch diese sind, zumindest gegenüber Verbrauchern, grundsätzlich unzulässig. Interessant in diesem Zusammenhang ist noch, dass im Streitfalle der Werbende darlegen und beweisen muss, dass ihm eine Einwilligungserklärung für den Anruf oder die Faxwerbung oder die E-Mail vorgelegen hat. Kann er den Beweis also nicht erbringen, wird ihm die Telefonwerbung, die Faxwerbung oder die E-Mail-Werbung verboten.

Inhalt der Werbung

Hier gilt: Verkaufsfördernde Koppelungsangebote einschließlich Zugaben sind grundsätzlich zulässig. Werden die Verbraucher über das Kopplungsangebot allerdings unzutreffend informiert, weil beispielsweise über den Wert der Zugabe getäuscht wird, kann das Koppelungsangebot unzulässig sein. So etwa, wenn der Werbende die Unentgeltlichkeit der Zugabe besonders herausstreicht, um einen vergleichsweise überhöhten Preis der Hauptleistung zu verschleiern. Unzulässig ist es überdies, wenn die Werbung als solche verschleiert wird. So beispielsweise dann, wenn in Zeitschriften Werbeanzeigen als redaktionelle Artikel erscheinen oder wenn beispielsweise Aussendungen versandt werden, die wie Rechnungen für Einträge in elektronische Branchenverzeichnisse aussehen.

Preisnachlässe, Zugaben oder Werbegeschenke

Bei Preisnachlässen, Zugaben oder Werbegeschenken müssen überdies die Bedingungen für die Inanspruchnahme klar und eindeutig angegeben sein, da die Werbung anderenfalls unzulässig ist. Wenn beispielsweise solche Verkaufsförderungsmaßnahmen nur für einen bestimmten Zeitraum gelten, soll der Unternehmer deshalb grundsätzlich den Beginn und das Ende der Maßnahme angeben. Daher reicht die Angabe „nur 14 Tage gültig“ in einer Zeitungsbeilage nicht aus. Mit der Angabe „Räumungsverkauf“ bzw. „Saisonschlussverkauf“ darf dagegen geworben werden, ohne dass man sich auf einen kalendermäßig bestimmten Zeitraum festlegen muss. Auch bei Preisausschreiben oder bei Gewinnspielen mit Werbecharakter müssen die Teilnahmebedingungen klar und eindeutig angegeben sein. Allerdings reicht mitunter der

Foto: BilderBox

Telefonwerbung bei Privatleuten ist grundsätzlich verboten

Hinweis, wo die Teilnahmebedingungen eingesehen werden können. So etwa, wenn im Fernsehen für ein Gewinnspiel geworben wird.

Verunglimpfung/ Behinderung von Mitbewerbern

Selbstverständlich ist, dass Mitbewerber, ihre Waren oder Dienstleistungen oder ihre Marken nicht herabgesetzt oder verunglimpft werden dürfen. Erst recht nicht, wenn Tatsachen behauptet werden, die geeignet sind, den Betrieb des Mitbewerbers oder seinen Kredit zu schädigen. Unlauter handelt auch, wer Waren oder Dienstleistungen eines Mitbewerbers nachahmt und dabei eine vermeidbare Täuschung der Abnehmer über die betriebliche Herkunft der Waren herbeiführt oder die Wertschätzung der nachgeahmten Ware oder Dienstleistung unangemessen ausnutzt oder beeinträchtigt. Schließlich darf ein Mitbewerber auch nicht gezielt behindert werden.

Irreführende Werbung grundsätzlich unzulässig

Von diesen Einzelfällen abgesehen gilt, dass irreführende Werbung grundsätzlich unzulässig ist. Für ein Verbot reicht dabei schon aus, wenn die Werbung Angaben enthält, die geeignet sind, vom Verbraucher fehlverstanden zu werden. Das ist etwa der Fall, wenn als besonderer Vorteil herausgestellt wird, was aufgrund der Gesetzeslage „normal“ ist. Wer mit einer Alleinstellung wirbt („Nr. 1“ oder „Das Beste“) muss tatsächlich einen deutlichen und auch dauerhaften Vorsprung vor allen anderen Mitbewerbern haben. Irreführend ist auch, wenn man über die Art oder die Zusammensetzung oder die Beschaffenheit der Ware täuscht (etwa durch die Zusätze „Bio“ oder „echt“ oder „frisch“ oder „ohne Parfüm“).

Preise selbst müssen in der Werbung nicht genannt sein. Ist dies aber der Fall, müssen diese vollständig und – wenn möglich – als Endpreis angegeben werden. Möglich ist bisweilen, mit Sternchenhinweisen zu werben, also einen Teil der Preisangaben im Fußnotentext mitzuteilen. Das geht aber allenfalls dann, wenn der Sternchenhinweis leicht auffindbar ist. Ebenso der Fußnotentext. Wenn der Fußnotentext allerdings die im Blickfang stehende Preisangabe in ihr Gegenteil verkehrt, ist auch dies unzulässig. So etwa, wenn im Blickfang mit der Angabe „kostenlos“ geworben wird und im Fußnotentext dann nachträglich darüber aufgeklärt wird, dass doch bestimmte Kosten anfallen. Grundsätzlich unzulässig sind überdies Lockvogelangebote, also besonders günstige Angebote, die in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Noch strengere Anforderungen gelten für Werbung, die sich an besonders schutzbedürftige Personen, etwa Kinder, wendet. Vergleichende Werbung schließlich ist nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. So dürfen nicht „Äpfel mit Birnen“ verglichen werden. Der Vergleich muss außerdem objektiv und nachprüfbar sein. Er darf nicht zu Verwechslungen zwischen dem Werbenden und dem Mitbewerber führen. und (auch) im Rahmen des Vergleiches dürfen der Ruf und die Marken des Mitbewerbers weder unlauter ausgenutzt noch beeinträchtigt noch herabgesetzt oder gar verunglimpft werden. All dies ist jedoch nur – wenngleich es nicht so erscheinen mag – ein kleiner Überblick über das, was Werbung unzulässig machen könnte.

Allein die oben genannten Beispiele zeigen jedoch eins: Wer ungeprüfte Werbung schaltet, der spart am falschen Platz. Erwirkt ein Mitbewerber oder ein Verband nach entsprechender Abmahnung nämlich eine Einstweilige Verfügung, so ist die Werbung sofort zu unterlassen. Anderenfalls drohen Ordnungsgelder bis zu 250.000,00 Euro. Und außerdem muss in diesem Falle ja auch erst einmal eine neue Werbung her. Und das kostet schließlich Zeit und – wiederum – Geld.

** Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V. und Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz in Frankfurt*

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Im ersten Teil unserer Rubrik steht ein Problem aus dem Arbeitsrecht im Mittelpunkt. Unser Leser Gerald J. betreibt ein Unternehmen, das sich auf zwei Betriebsstätten aufteilt. In beiden Betriebsstätten arbeiten jeweils so wenig Arbeitsnehmer, dass der Grenzwert zum Kündigungsschutz gemäß Kündigungsschutzgesetz noch nicht erreicht ist. Rechnet man die beiden Arbeitnehmergruppen allerdings zusammen, so fällt der Gesamtbetrieb unter das Kündigungsschutzgesetz.

Es stellt sich damit die Frage, ob im Falle einer arbeitgeberseitigen Kündigung der Arbeitnehmer unter Berufung auf das Kündigungsschutzgesetz Kündigungsschutzklage erheben kann? Dies wird von den Gerichten äußerst unterschiedlich gesehen. Das Bundesarbeitsgericht hat kürzlich das Problem auf den Punkt gebracht. Grundsätzlich ist bei der Anzahl der Arbeitnehmer zunächst auf den Betrieb abzustellen. Es gibt keine zwingende Notwendigkeit, die Zahl der Arbeitnehmer im gesamten Unternehmen als Berechnungsgrundlage heranzuziehen. Der Gesetzgeber hat nun einmal zwischen Betrieb und Unternehmen unterschieden. Das darf bei der Betrachtung nicht übersehen werden.

Allerdings lässt das Bundesarbeitsgericht eine verfassungskonforme Einschränkung zu, wenn anderenfalls der Arbeitnehmer sachwidrig benachteiligt werden würde. Es wird jedoch für den Arbeitnehmer schwierig sein, eine solche Benachteiligung zu beweisen.

Praxistipp: Unterteilt sich das Unternehmen in verschiedene Betriebsteile, so sollte der Arbeitgeber vor Ausspruch einer Kündigung unbedingt den Rat eines Fachanwalts für Arbeitsrecht einholen. Der kann anhand der aktuellsten Rechtsprechung überprüfen, ob mit eine Klage gerechnet werden muss und wie die Erfolgschancen in einer streitigen Auseinandersetzung sind. So kann im Fall des Falles viel Geld und Ärger gespart werden.

Im zweiten Teil geht es auch um das Arbeitsrecht aber diesmal nicht um eine konkrete Einzelfrage eines Lesers. Immer wieder tauchen Probleme mit behaupteter Diskriminierung am Arbeitsplatz bzw. im Bewerbungsverfahren für einen Arbeitsplatz auf. Uns erreichte hierzu ein sehr anschauliches Beispiel in dem ein Arbeitsgericht wegen einer falschen Anrede in der Ablehnung einer Bewerbung entscheiden musste. Es stellte sich die Frage nach einer Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft.

Das Arbeitsgericht Düsseldorf (14 Ca 908/11) hat entschieden, dass eine falsche Anrede in der Ablehnung einer Bewerbung keine Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft darstellt. Darauf verweist der Verband deutscher Arbeitsrechts-Anwälte e. V. mit Sitz in Stuttgart. Die Klägerin bewarb sich bei der Beklagten um die Stelle als lebensmitteltechnische Assistentin. Ihre Bewerbung wurde abgelehnt. In dem Ablehnungsschreiben wurde die Klägerin unzutreffend mit „Sehr geehrter Herr“ angeredet. Daraus ergebe sich nach Auffassung der Klägerin, dass sie wegen ihres Migrationshintergrunds nicht eingestellt worden sei. Aus ihrer mit Foto eingereichten Bewerbung gehe eindeutig hervor, dass sie weiblich sei. Dies belege, dass man ihre Bewerbung offensichtlich keines Blickes gewürdigt und diese wegen ihres bereits aus dem Namen sich ergebenden Migrationshintergrundes aussortiert habe. Mit der Klage hat sie eine Entschädigung in Höhe von 5.000 Euro verlangt.

Das Arbeitsgericht wies die Klage ab. Ein Entschädigungsanspruch gemäß § 15 Abs. 2 AGG setzt voraus, dass die Klägerin wegen eines der in § 1 AGG genannten Merkmale wie der Rasse oder ethnischen Herkunft benachteiligt worden ist. Nach der Beweislastregel des § 22 AGG genügt es dabei, dass der Arbeitnehmer Tatsachen vorträgt, aus denen sich nach allgemeiner Lebenserfahrung eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für eine solche Benachteiligung ergibt. Das Arbeitsgericht hat entschieden, dass der Vortrag der Klägerin für eine solche Beweislastverlagerung nicht ausreicht. Die Verwechslung in der Anrede lasse keine Benachteiligung wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft vermuten.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

rechtsfragen@mitmagazin.com

Der Bauherr schludert, der Unternehmer haftet

OLG Hamm; Beschluss vom 12.10.2010; 19 W 33/10

Das Oberlandesgericht Hamm hatte neulich einen kuriosen Fall zu entscheiden. Ein Bauherr hat im Rahmen der Errichtung seines Hauses in Eigenleistung die Isolierung des Kellers ausgeführt. Die Isolierung ist jedoch nur unzureichend gelungen, weil voraussichtlich ungeeignetes Material verwendet wurde. Das beklagte Bauunternehmen hatte sich im Übrigen zur Errichtung des Hauses verpflichtet. Der Bauherr geht nun gegen den Bauunternehmer vor und meint, dass diesem neben einem Planungsverschulden auch die Verletzung von Hinweis- und Überwachungspflichten treffe. Der Bauherr verlangt von dem Unternehmen die Beseitigung des Mangels.

Im Rahmen einer Prozesskostenhilfeprüfung hatte das Landgericht mangels Erfolgsaussicht zunächst den Antrag zurückgewiesen. Der dagegen gerichteten Beschwerde gab das Oberlandesgericht Hamm nun statt. Das Oberlandesgericht bewilligt also Prozesskostenhilfe, da es dem Antrag des Klägers und Bauherren eine Aussicht auf Erfolg beimisst. Zum Einen könnte tatsächlich ein Planungsfehler des Bauunternehmers vorliegen. Dieses wird streitig im Rahmen einer Beweisaufnahme zu klären sein. Zum Anderen ist im Baurecht anerkannt, dass den Nachunternehmer eine Prüfungs- und Anzeigepflicht trifft. Er muss also überprüfen, was der Vorunternehmer geleistet hat. Hat er Anhaltspunkte dafür, dass diese Leistung mangelhaft gewesen ist, muss er dieses melden. Verletzt der Bauunternehmer diese Pflicht, so ist seine ansonsten ordnungsgemäße Bauleistung selbst mangelhaft. Das Oberlandesgericht lässt diese Grundsätze auch gelten, wenn der „Vorunternehmer“ zugleich der Bauherr war.
Voraussetzung dafür, dass der Bauunternehmer haftet, ist allerdings, dass die Mangelhaftigkeit der Vorarbeiten, hier also der fehlerhaften Isolierung des Kellers, für ihn erkennbar war. Auch dies wird letztendlich im weiteren Gerichtsverfahren die Beweisaufnahme ergeben müssen.

Unfallregulierung ist Rechtsdienstleistung

LG Stuttgart; Urteil vom 05.01.2011; 5 S 207/10

Ein Verkehrsunfall ist schnell passiert. Der Geschädigte darf in den meisten Fällen ein Ersatzfahrzeug mieten, bis sein eigener Wagen repariert ist. Für die Kosten hat in der Regel die Versicherung des Unfallverursachers aufzukommen.

Um eine Vereinfachung der Regulierung zu erreichen und einen besonderen Service zu bieten, lassen sich die Mietwagenfirmen die Forderung gegen den Unfallverursacher gerne zu Sicherheit abtreten. Das ist so auch in der Rechtsprechung anerkannt. Das Landgericht Stuttgart hatte jedoch einen Fall zu entscheiden, in dem die Schadensersatzforderung des Geschädigten erfüllungshalber an den Mietwagenunternehmer abgetreten worden war – ein sprachlich kleiner aber juristisch feiner Unterschied.

Diese Abtretung hält das Landgericht nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) für nicht zulässig. Das Mietwagenunternehmen nimmt nicht mehr eigene sondern fremde Interessen wahr. Dies gilt insbesondere, wenn der gesamte Schadensersatzanspruch (wie im zu entscheidenden Fall) abgetreten ist. Die Berechnung der angemessenen Mietwagenkosten ist ohne fundierte Rechtskenntnisse nicht möglich. Die Abtretung ist daher wegen Verstoßes gegen das RDG nichtig und die Vermietungsfirma verliert den Prozess. Allerdings ist sie in die Revision zum BGH gegangen. Das Urteil war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Überraschung nicht gelungen

BGH; Beschluss vom 13.01.2011; VII ZR 22/10

Der Volksmund behauptet: „Vor Gericht und auf hoher See sind wir allein in Gottes Hand.“ Niemand kann also mit 100-prozentiger Sicherheit zu Beginn einer Gerichtsverfahren den Ausgang vorhersagen. So erging es auch einem Auftraggeber in einem Bauprozess. Er stritt mit seinem Auftragnehmer über den zu zahlenden Werklohn. Es war ein Pauschalpreis vereinbart. Allerdings sollte der Auftraggeber das Material beschaffen. Diese Ausgaben durfte er vom ursprünglichen Pauschalpreis in Abzug bringen.

Im Prozess legte der Auftraggeber diverse Kaufbelege für das von ihm gekaufte Material vor. Allerdings fehlten zwei Belege in dem dem Gericht übersandten Schriftsatz. Das Gericht wies nicht darauf hin. Ohne Hinweis an die Parteien des Rechtstreits hat das Gericht dem Auftraggeber auch die Mehrwertsteuer zugesprochen, obwohl in der Pausschalpreisabrede nur von einem Netto-Preis die Rede war.

Der Bundesgerichtshof sieht darin einen Verstoß gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör. Das Gericht hätte dem Auftraggeber die Chance geben müssen, zur Frage der Umsatzsteuer vortragen zu können. Ein Hinweis des Gerichts hätte vermutlich den Auftraggeber auch dazu bewogen, die fehlenden Belege vorzulegen. Der BGH geht davon aus, dass diese nur versehentlich nicht beigefügt waren.

„Einen Schuldentransfer darf es nicht geben“

Europa und die Europäische Währungsunion stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Der Vertrauensverlust in die Staatsfinanzen einiger Mitgliedsländer stellt eine erhebliche Belastung dar, die der vorhandene institutionelle Rahmen eigentlich hätte verhindern sollen.

Im Zuge der Eurokrise haben wir die Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten in einem zuvor nicht für möglich gehaltenen Ausmaß erfahren. Die Staatsschuldenkrisen haben eine Vertrauenskrise in den Euro insgesamt verursacht, die unsere gemeinsame Währung und damit die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs bedrohen kann. Wir müssen den Euro und Europa zukunftsfähig machen und gleichzeitig Lücken in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion schließen, die vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im September 2008 nicht erkennbar waren.

Eigenverantwortung und Solidarität

Das vorrangige Ziel ist es, Eigenverantwortung und Solidarität in der Eurozone in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Für mehr Stabilität und Solidität in der Eurozone soll eine Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sorgen. Ziel des Euro-Plus-Pakts ist es – in Ergänzung zu der künftig verstärkten wirtschaftspolitischen Überwachung im Rat – die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten und Europas insgesamt zu verbessern. Als vordringliche Politikbereiche gelten unter anderem die Lohnpolitik, die Förderung von Beschäftigung sowie die Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Strukturreformen in den Sozialen Sicherungssystemen und die Umsetzung von Haushaltsvorschriften in nationales Recht wie zum Beispiel die deutsche Schuldenbremse.

Der „Pakt für den Euro“ enthält jedoch bis jetzt noch nicht einmal verpflichtende oder auch nur konkrete Zielvorgaben, geschweige denn Sanktionen. Zwar sollen u. a. die Euro-Staaten sich zu Reformmaßnahmen verpflichten, aber nur in dem Umfang, wie diese sie selbst vorschlagen.

Aus nationalen Schulden werden „vergemeinschaftete“

Die Errichtung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus ist ein Konstrukt, das wir aber vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag nochmals sehr genau überdenken müssen, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, wie das Konstrukt mit dem vertraglichen Verbot der Schuldenübernahme zu vereinbaren ist.

Zu diskutieren ist das Für und Wider des Ankaufes von Staatsanleihen, weil der Ankauf von Staatsanleihen bedeutet, dass man neue Schulden übernimmt und dass aus nationalen Schulden vergemeinschaftete europäische Schulden werden. Einen Schuldentransfer darf es nicht geben.

Dr. h. c. Hans Michelbach, MdB
Vorsitzender der Mittelstands-Union und stellv. Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Zu bedenken gibt es noch einen weiteren Punkt. Wenn wir über diesen Stabilisierungsmechanismus Finanzhilfen gewähren, dann kann das natürlich nur Sinn machen, wenn die berechtigte Erwartung besteht, dass ein Staat, dem geholfen wird, auch wieder auf die Füße kommt, dass er selbst wieder am Finanzmarkt Kapital erhalten kann, dass er wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zurückgewinnt. Wenn dagegen absehbar ist, dass ein Staat seine Schulden dauerhaft nicht tragen kann, dann muss auch eine Umschuldung möglich sein.

Gläubigerbeteiligung ermöglichen

Deswegen müssen wir auch Regelungen für eine Umstrukturierung von Staaten und eine Umschuldung von Banken schaffen, wenn es denn nicht anders geht. Eine solche Umschuldung würde auch bedeuten, dass man eine Gläubigerbeteiligung ermöglicht. Denn es ist schon schwer vermittelbar, dass wir mit Steuermitteln das Risiko derer übernehmen, die mit Staatsanleihen hohe Zinserträge erwirtschaftet haben, während diese Gläubiger selbst keinen angemessenen Beitrag zur Lösung des Problems leisten. Wer hohe Risiken eingeht, um damit hohe Zinserträge zu erwirtschaften, der muss dann, wenn sich diese Risiken realisieren, auch mithaften. Das müssen wir umsetzen.

Ein stabiler Euro sichert die Kalkulationsgrundlagen für Unternehmer, Tarifpartner, Staatshaushalte, Sozialsysteme, Verbraucherinnen und Verbraucher. Und eine Währungsunion mit möglichst vielen EU-Mitgliedstaaten liegt im ureigenen deutschen Interesse.

Nur noch verwalten statt gestalten?

MIT beschäftigt sich in einer Klausurtagung kritisch mit der Handlungsfähigkeit von Bundestagsfraktion und Regierung

Ihre Arbeit im Jahre 2011 mit Blick auf den Bundeskongress am 28./29. Oktober im niederbayerischen Deggendorf hat die MIT unter das Motto „Der Mittelstand braucht Verlässlichkeit“ gestellt. Dieser Begriff zog sich auch wie ein roter Faden durch die Klausurtagung des Bundesvorstandes in Erfurt, in der neben anderen so aktuelle und wichtige Themen wie der Europäische Stabilitätspakt, eine zukunftsorientierte Energiepolitik und der Dauerbrenner „Steuerpolitik“ auf der Tagesordnung standen. Bei allen drei Themen (und einigen anderen mehr) vermissten die Vorständler, unter ihnen zahlreiche Landtags- und Bundestagsabgeordnete, genau diese Verlässlichkeit in der Politik der Bundesregierung.

MIT-Bundesvorstand und Landesvorsitzende berieten in Erfurt die politische Lage. Fazit: Der Gestaltungsspielraum von Bundesregierung und Bundestagsfraktion ist nach den zahlreichen verlorenen Wahlen stark eingeschränkt

Fasst man die Beratungsergebnisse zusammen, so kommt man zu der alten aber zutreffenden Weisheit, dass die Stimmung mal wieder besser war als die gegenwärtige Lage. Anders herum: Die MIT sieht sich ordnungspolitisch selbst gut aufgestellt, sieht aber bei der Bundesregierung diesbezüglich erhebliche Defizite. Schlimmer noch: Angesichts der verlorenen Mehrheit im Bundesrat wird sich wohl auf den entscheidenden Politikfeldern bis zur Bundestagswahl 2012 nicht mehr viel bewegen. Das gilt vor allem für die Steuerpolitik. Hier sieht Hans Michelbach, stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender aus Bayern und Steuerexperte der Unions-Bundestagsfraktion nur noch einen kleinen Spielraum. So eventuell bei kleinen Veränderungen bei der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer. In Sachen „kalter Progression“ (Mittelstands- oder Facharbeiterbauch) tut sich wohl nichts mehr. Zu sehr fürchtet die Union die Blockadepolitik von SPD und Grünen im Bundesrat und erinnert sich an 1998, als sie nach solchen Blockaden die Regierungsmacht verlor. Also verwalten statt gestalten?

Vor allem jüngere Unions-Abgeordnete, so der Eindruck von Erfurt, wollen sich damit nicht abfinden, wohl auch weil sie wohl am ehesten vom Niedergang der Union in ihrer politischen Existenz betroffen sind. So formiert sich beispielsweise Widerstand in der Unionsfraktion gegen den europäischen Stabilitätsmechanismus. Diesen Widerstand stützt die MIT durch eine Resolution ebenso wie sie in der Energiediskussion einige ordnungspolitische Grundpositionen betont, die sie in dem Satz zusammenfasst: „Das Tempo des möglichen Umbaus bestimmt das Tempo des möglichen Ausstiegs.“

Günter Kohl

Sie leiteten souverän die Sitzung und pochten auf geistige Disziplin und Debattenkultur: (von links) Dieter Bischoff und Jürgen Presser; rechts Astrid Jantz, stellv. Bundesgeschäftsführerin

Josef Schlarmann macht weiter

Foto: Salzmann

Er kandidiert im Herbst wieder für den Bundesvorsitz der MIT: **Dr. Josef Schlarmann**

Für die meisten Teilnehmer der Bundesvorstands-Klausur der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in Erfurt kam die Ankündigung ihres Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann wenig überraschend: Er stellt sich Ende Oktober bei der Neuwahl des Bundesvorstandes in Deggendorf erneut zur Wahl. Nachdem ihn der Bundesvorstand bereits vor einiger Zeit einstimmig aufgefordert hatte, erneut zu kandidieren, verkündete er jetzt nach einer längeren Bedenkzeit seinen Entschluss.

Der Union prophezeite Schlarmann eine sehr, sehr schwierige Zeit; es herrsche wegen der Ungewissheit über ihren Kurs eine große Unruhe bei den Mitgliedern und in der Wählerschaft. Demgegenüber biete die MIT auch bei kontroversen Themen eine große inhaltliche Geschlossenheit. Diese möchte er ergänzen durch Kontinuität in der Personalpolitik und sich noch einmal für zwei Jahre als Bundesvorsitzender zur Wahl stellen.

MIT-Präsidium trifft Kanzlerin

Zu einem Meinungsaustausch empfing die CDU-Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB, das Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Angesichts der Tatsache, dass es im Verhältnis der Parteivorsitzenden zu ihrem wichtigsten und einzigem als Vereinigung der Union organisierten Wirtschaftsflügel in der Vergangenheit hin und wieder laut und vernehmlich geknirscht hat, verlief das Gespräch nach Teilnehmerinformationen freundschaftlich und nachdenklich

Politik und Pannekauken

Die Traditionsveranstaltung Politik und Pannekauken der Meppener MIT fand mit 200 Interessierten statt, die den kurzweiligen Ausführungen des früheren CSU-Generalsekretärs Dr. Thomas Goppel lauschten.

Begriffe würden in den Berichterstattungen und Debatten geändert, um Verhaltensänderungen zu erreichen, so Goppel. Es gehe darum, aus der Asche die Glut zu bewahren und nicht den Staub. Wenn etwas gut gemacht sei und von daher Sinn mache, dann stoße dies auf eine positive Resonanz.

Die Politik müsse aufpassen, dass niemand auf dem Schlitten nach rechts oder links hinunterfällt. Das Fallen nach rechts sei weitgehend gelungen. Nach links bestehe dagegen Handlungsbedarf.

Goppel unterstrich, dass es bis heute keine bessere Grundlage gebe als die des christlichen Menschenbildes. Insofern habe die Union zurzeit die Bestform. Wer diese Grundsätze aufgebe, gehe baden. Thomas Goppel lobte die MIT, da diese stets versuche, Maß zu halten.

Erfrischend offen

Den Teilnehmern der Erfurter Klausurtagung des MIT-Bundesvorstandes sprach der junge Fraktionsvorsitzende der CDU im Thüringer Landtag, Mike Mohring, so richtig aus der Seele. In erfrischender Offenheit sagte er Sätze wie „wenn wir die Kernenergie als Brückentechnologie bezeichnen, dann dürfen wir nicht von der Brücke springen, sondern wir müssen Beispiel geben, eine Leuchtturm-Funktion übernehmen, den Menschen Orientierung bieten, in längeren Linien denken."

Wahrer Balsam für geschundene Unions-Seelen, die die zahlreichen Volten in der Bundespolitik nicht mehr nachvollziehen können. Wer hat noch Verständnis dafür, dass die Halbwertzeit grundlegender politischer Entscheidungen weniger als sechs Monate beträgt? Mike Mohring: „Die Wähler entscheiden sich für Politiker, die wissen, wo's lang geht und die im Sturm stehen, auch wenn's regnet!" *G.K.*

Momme Thiesen wiedergewählt

Auf dem 41. Landesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein in Quickborn, der unter dem Motto „Schleswig-Holstein – Auf dem Weg zum Vorbildland" stand, wurde der bisherige Landesvorsitzende Momme Thiesen einstimmig in seinem Amt bestätigt.

Als Stellvertreter wurden Thomas Melchert aus Scharbeutz, Christian Fuchs aus Wedel und Dr. Rolf Koschorrek, MdB, aus Bad Bramstedt gewählt. Thiesen steht seit 2001 an der Spitze der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein. Als Gastredner zum Thema des Mittelstandstages trat der CDU-Fraktions- und Landesvorsitzende Dr. Christian von Boetticher, MdL, auf.

Mittelstandstag auf der CeBIT

Zum dritten Mal in Folge veranstaltete die Niedersachsen MIT einen Mittelstandstag bei der DATEV auf der CeBIT. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden begrüßt durch Dr. Michael Seyd, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter der Strategischen Unternehmensentwicklung der DATEV in Nürnberg. Dabei waren auch der Landesvorsitzende der Niedersachsen-MIT, Werner Lübbe, und der Landesgeschäftsführer der MIT Hessen, Berthold Jost.

Seyd hob hervor, dass die DATEV rund 40.000 Steuerberater und Wirtschaftsprüfer als direkte Kunden habe. Etwa 130.000 Unternehmen verwenden Produkte der DATEV, die ca. 10,5 Mio. Lohnabrechnungen fertigt.

Die MIT in Niedersachsen informierte sich vor Ort auf dem DATEV-Stand der CeBIT über das, was ist und das, was kommen wird

Entlastung von Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken

Der Fachausschuss Banken, Finanzmarkt und Finanzmarktordnung (FA) hat bei einer Sitzung mit dem Vorsitzenden der CSU-Europagruppe Markus Ferber, MdEP, die Entlastung der regionalen Sparkassen sowie der Volks- und Raiffeisenbanken bei den Vorschriften der Regelungswerke Basel II und Basel III gefordert. „Die Finanzmarktregeln von Basel II und III wurden ausschließlich mit Blick auf die global agierenden Kapitalmarktbanken gestaltet. Diese sind es auch, die unter der Krise an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten besonders gelitten haben", erläuterte der FA-Vorsitzende Rupert Mößmer. Die regionalen und mittelstandsbezogen agierenden Banken blieben von den Folgen der Finanz- und Kapitalmarktkrise weitgehend unbeeinflusst. Sie waren die Garanten der Kredit- und Liquiditätsversorgung weiter Teile des Mittelstandes. Daher sollten diese nun nicht mit den übrigen Banken in einen Topf geworfen werden.

Auf dem Bild v.l.n.r.:
MU-Landesgeschäftsführer **Thomas Geppert**, FA-Leiter **Rupert Mößmer** und CSU-Europagruppenchef **Markus Ferber**, MdEP

Breitenfellner führt MU Fürstenfeldbruck

Der erst 29 Jahre alte Thomas Breitenfellner ist neuer Kreisvorsitzender der MU Fürstenfeldbruck. Er hat sich für seine Arbeit gleich hohe Ziele gesetzt: „Die Mittelstands-Union soll wieder mehr Gehör finden in wirtschaftspolitischen Fragen und lokalen Themen. Schließlich ist der Mittelstand Motor und tragende Säule zugleich im Landkreis", sagte Breitenfellner nach seiner Wahl. Weiteres Ziel ist es, neue Mitglieder zu gewinnen und die Vernetzung untereinander zu stärken. Breitenfellner ist als Kommunikationswirt an einer Werbe- und Eventagentur beteiligt und sitzt im Kreistag und im Gröbenzeller Gemeinderat.

Gesundheitssystem neu aufstellen

Der Fachausschuss Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik (FA) hat sich auf seiner letzten Sitzung in Nürnberg intensiv mit der Neuaufstellung de Gesundheitssystems in Deutschland auseinander gesetzt. Die Mitglieder des Fachausschusses Heiner Pflaum und Michael Kretzer stellten der Runde die Probleme, die durch das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz kurz AMNOG entstehen, vor. Pflaum betrachtete das Gesetz mit seinen Auswirkungen auf die Apotheker und den für sei entstehenden Risiken. Den Großhandel stellte Kretzer in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Im Anschluss referierte Frank Meiser aus der Abteilung Sozial- und Gesellschaftspolitik der vbw über mögliche Auswege aus der Krise bei der Finanzierung der Krankenkassen. Hierzu stellte er das Modell des Regionalen Gesundheits-Kombis vor. Der Leiter des FA und stv. Landesvorsitzende der MU, Bernhard Kösslinger, war zufrieden: „Apotheker und Ärzte sind klassische **Freiberufler**. Sie brauchen unsere Unterstützung. Besonderes Augenmerk **muß** auf die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum gelegt werden."

Auf dem Bild: Leiter **Bernhard Kösslinger** (sitzend in der Mitte) diskutiert mit FA-Mitgliedern

Die Mitglieder der MIT

Rolf Delhougne ist seit 1987 Mitglied der MIT im Kreisverband Düren-Jüllich in Nordrhein-Westfalen. Als Kreisvorsitzender in Düren-Jülich und Bezirksvorsitzender der MIT Aachen setzt er sich seit vielen Jahren für die Belange des Mittelstandes ein. Zudem ist er Mitglied des Rates der Stadt Düren und sachkundiger Bürger für den Kreis Düren. Sein ehrenamtliches Engagement geht jedoch weit über die Politik hinaus. Er ist Vorsitzender des Sportclubs „Dürener Spielverein 06 e.V.“, Vorsitzender des Dürener Jazz-Clubs und Ehrenvorsitzender des Fördervereins Dürener Wochenmarkt. Für sein vielfältiges Engagement im Interesse von Mittelstand und Gesellschaft erhielt er daher auch die Bürgermedaille der Stadt Düren. Beruflich erfolgreich ist er mit dem Vertrieb regenerativer Energien in ganz Europa. Er trat der MIT bei, weil er ein überzeugter Anhänger der ordnungspolitischen Vorstellungen Ludwig Erhards ist. „Das heißt für mich vor allem: so viel Staat wie nötig, soviel Freiheit wie möglich. Leider scheint das heute bei vielen Politikern nicht mehr so aktuell zu sein. Umso wichtiger ist die Arbeit der MIT, damit die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht in Vergessenheit geraten,“ so der Mann der Mitte, wie Delhougne oft bezeichnet wird.

Oberbürgermeister zu Besuch

Bei der Jahreshauptversammlung der MIT Oldenburg konnte die Kreisvorsitzende Rita van Döllen-Mokros den Oberbürgermeister Prof. Dr. Schwandner begrüßen. Im Mittelpunkt stand das Thema Stadtentwicklung aus der Sicht des Mittelstandes. Van Döllen-Mokros lobte die Aktivitäten am Schlossplatz und beim Bauvorhaben „Schlaues Haus“. Hier wird das Thema „Oldenburg, Stadt der Wissenschaft 2009“ weiterleben. Sie regte zum Thema „Fehlende Mietwohnungen“ eine intensive Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Bau- und Immobilienwirtschaft an. Die Nachfrage nach Wohnungen in allen Preissegmenten sei in Oldenburg sehr hoch. Der Oberbürgermeister präsentierte in seinem Vortrag die Entwicklung der Stadt Oldenburg als Rückblick und Vorschau.

Rita van Döllen-Mokros

MIT beim Unternehmerinnentag

Erstmalig hat die MIT NRW an dem Kongress von Unternehmerinnen und Managerinnen in Gelsenkirchen mit einem Informationsstand teilgenommen. Die MIT konnte als Kooperationspartner des größten Forums für Chefinnen wichtige Erfahrungen sammeln. Rund 630 Unternehmerinnen und 100 Managerinnen waren der Einladung gefolgt. In einer Podiumsdiskussion wurde über das gemeinsame Engagement von Frauen in Führungspositionen diskutiert. „Dieses Thema muss gerade von der MIT verstärkt aufgegriffen und weiter vorangebracht werden,“ machte Melanie Purps von der MIT Hagen deutlich, die für die MIT NRW vor Ort war und bei der Standbetreuung engagiert mitwirkte.

MIT Saar im Gespräch mit Unternehmen

Der Landesvorstand der MIT Saar hat sich zum Ziel gesetzt, den direkten Kontakt zu mittelständischen Unternehmen kontinuierlich zu pflegen. So besuchte er kürzlich das Bauunternehmen Meiers mit seinen 70 Mitarbeitern. Die Firma ist seit vier Generationen im Familienbesitz. In den letzten 15 Jahren gelang es, die Eigenkapitalquote von fünf auf 50 Prozent zu erhöhen. „Das Unternehmen ist ein Paradebeispiel für solides Wachstum eines Familienbetriebs,“ machte der MIT-Landesvorsitzende Bernd Wegner, MdL, deutlich. Im Anschluss besuchte der Landesvorstand die Kraftfahrzeug-Überwachungsorganisation freiberuflicher Kfz-Sachverständiger (KÜS) und lernte den KÜS-Bundesgeschäftsführer Peter Schuler kennen. An diesem Gespräch nahm auch die Arbeits- und Sozialministerin Annegret Kramp-Karrenbauer teil.

Ein aktiver Mittelstand ist gut für Politik und Gesellschaft (v.l.n.r.): Bernd Wegner, MdL, Annegret Kramp-Karrenbauer und Peter Schuler

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Berliner Ehrenvorsitzender feierte

Der Berliner MIT-Ehrenvorsitzende Horst Faber feierte im April seinen 70. Geburtstag. Die MIT gratuliert Horst Faber zu diesem runden Jubiläum. Horst Faber, der erste MIT-Vorsitzende des gemeinsamen Berliner MIT-Landesverbandes leistete einen großartigen Beitrag beim Aufbau des Mittelstandes in den Neuen Bundesländern. Sein kämpferisches Engagement hat er sich bis heute beibehalten, was sicherlich nicht zuletzt auf seine sportlichen Wurzeln als Boxer zurückzuführen ist.

Ernst Hinsken neuer Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses

Ernst Hinsken, CSU-MdB, ist im April 2011 zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestag gewählt worden. Der Mittelständler folgte auf den CSU-Abgeordneten Eduard Oswald, der als Nachfolger von CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeld das Amt eines Bundestagsvizepräsidenten übernommen hat. Hinsken war acht Jahre lang Vorsitzender der Mittelstandsunion und von 1993 bis 2011 stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender.

Detlef Gürth zum Landtagspräsidenten gewählt

Der langjährige MIT-Landesvorsitzende Detlef Gürth (49) wurde zum neuen Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt gewählt. Auf der konstituierenden Landtagssitzung in Magdeburg votierten 77 Abgeordnete in geheimer Wahl für den bisherigen parlamentarischen Geschäftsführer der CDU.

MIT Bochum

Der 43-jährige Bochumer Kaufmann Stephan Dewender ist neuer Vorsitzender der MIT Bochum. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Wilken Engelbracht, Stefan Gies und Lars Lammert gewählt. „Wir wollen in den kommenden Jahren die inhaltliche Arbeit vertiefen und den hohen Zustrom neuer Mitglieder weiterhin aufrecht erhalten“, so der frisch gewählte Vorsitzende.

MIT Mittelbaden

Peter Hertweck wurde für weitere zwei Jahre als Vorsitzender der MIT Mittelbaden in seinem Amt bestätigt. In seiner Rede machte Hertweck deutlich, dass der Wachstumstrend innerhalb der MIT im Kreisverband Baden-Baden/Bühl sehr erfreulich ist.

MIT Main-Taunus

Dr. Markus A. Bock ist neuer Vorsitzender der MIT Main-Taunus. Er folgt damit Peter Wegener, der nach zwölf Jahren nicht erneut antrat und für seine Verdienste zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. Stellvertretende Vorsitzende sind Ute Winter, Philipp Zimmer und Dr. Vinzenz Bödeker. Als Schatzmeister wurde Hans-Peter Witschel im Amt bestätigt. Beisitzer wurden Markus Depping, Ingeborg Grafmüller und Kurt Fink. Als programmatische Schwerpunkte legte der neue Vorstand die Themen Haushaltskonsolidierung, Verhinderung von Neuverschuldungen und eine klare Absage an Steuererhöhungen fest.

MIT Reutlingen

Südostasien wird als Markt und Wirtschaftsstandort für die mittelständischen Unternehmen immer mehr Bedeutung gewinnen. Zu diesem Schluss kam der Reutlinger MIT-Kreisvorsitzende Dr. Gerd Gaiser in seiner Begrüßungsrede anlässlich eines Gesprächsabends zum Thema „China - Chancen und Risiken für den deutschen Mittelstand“. Als Gastredner konnte er an diesem Abend den ehemaligen Minister Dr. Hermann Schaufler begrüßen, der durch seine geschäftliche Tätigkeit mit vielen Firmen in China ein Experte für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes ist.

LESER SCHREIBEN

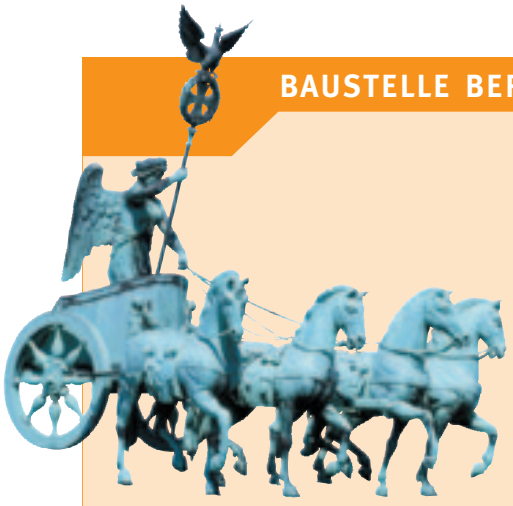
Zu: Energiepolitik der Bundesregierung

Sehr geehrte Redaktion,
mein Kompliment zur letzten Ausgabe. Sie atmet den erfrischenden Geist eigenständiger Meinungsäußerungen in einem Zeitpunkt, wo die CDU-Spitze bemüht ist, ihren atemberaubenden Schwenk in der Energiepolitik als der Weisheit letzten Schluss für alle in der Union durchzusetzen. Etwa im Sinne des Briefs vom 4. Mai an alle CDU-Mitglieder, wo die Vorsitzende mit dem Satz zitiert wird, es gehe im Zuge des möglichst schnellen Umstiegs auf die Erneuerbaren Energien darum, dass „ die CDU etwas schafft, was keine Partei bis jetzt geschafft hat“. Das Mittelstandsmagazin hält munter dagegen, von Hans Michelbach über den Chefredakteur samt Bill Gates bis hin zu den glücklicherweise alles andere als angepassten Hauptamtlichen. Als Vorgänger mit vier Jahrzehnten Abstand kann ich nur sagen „weiter so und viel Erfolg“, auch um die tiefe Verunsicherung der Mitglieder über den neuen Wettlauf mit den Grünen etwas aufzufangen.
Mit den besten Grüßen
Dr. Christoph Uleer

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

BAUSTELLE BERLIN



Liebe MIT-Streiter,

was musste sich unser Bundesvorsitzender seinerzeit alles an Kritik anhören, als er, vor allem aus ordnungspolitischen Gründen, die Finanzhilfe (110 Milliarden EURO) für Griechenland kritisierte. Heute wird offenbar, dass die „Rettung" gescheitert ist und das Land ohne Umschuldung wohl kaum wieder auf die Beine kommt! Den Teilnehmern der Währungsunion wird nun klar, was es heißt, keine eigene nationale Währung mehr zu haben. Wenn man Staaten wie Griechenland, wo unverheiratete Töchter verstorbener Offiziere eine Rente erhalten, aus der Haftung für die eigenen Schulden entlässt und sie in einer Transferunion auffängt, öffnet man Schleusen. Dann wird umgehend aus dem Schutzschirm eine Hängematte *(lesen Sie dazu bitte auch das Editorial auf Seite 3 und das Interview auf Seite 28)*. In den Diskussionen mit Geschäftspartnern, Freunden und Bekannten – hört man schon offen **„heute Griechenland – morgen wir selbst?"** Hier wird wieder einmal etwas als „alternativlos" dargestellt und jeder Widerspruch im Keim erstickt. Dem Europagedanken jedenfalls tut man mit dieser falsch verstandenen Großzügigkeit keinen Gefallen.

In einigen Kreisverbänden unserer MIT wurde über diese Themen klar und deutlich diskutiert sowie offen über eine Demo von Mittelständlern in Berlin nachgedacht. In der Klausurtagung des Bundesvorstandes trug der Kreisvorsitzende der Paderborner MIT, Friedhelm Koch, Argumente zu einer sehr nachdenklichen Diskussion über den „EURO-Rettungsschirm" bei.

„Den Umstieg beschleunigen" so lautet der Beschluss von CDU-Präsidium und –Bundesvorstand. Während es noch vor den wichtigen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schnell mit dem Kurswechsel in der Energiepolitik nicht schnell genug gehen konnte, damit die Menschen dieses Thema überhaupt ernst nehmen, hat man gottseidank nun begriffen, dass die Parteibasis über dieses Thema breit diskutieren sollte und eine schlüssige Begründung für die große Energiewende erforderlich ist. Wie heißt es doch nett im schönsten Soziologendeutsch: „Wir müssen die Menschen mitnehmen!" Wenn sie sich denn (mitnehmen) lassen...

Was mich in der MIT allerdings wahnsinnig umtreibt – die CDU hat zurzeit leider nur noch 501.000 Mitglieder. Von diesen sollen nach der Zentralen-Mitgliederdatei 101.000 Selbstständige sein. Aus dieser Gruppe sind aber nur 7.000 Mitglieder in der MIT. Das bedeutet: Wir haben nur knapp 7 % unseres Potenzials in der CDU-Mitgliedschaft erreicht. Warum gelingt es uns nicht, die anderen 93 % CDU-Mitglieder aus der Gruppe der Selbstständigen für eine Mitgliedschaft in der MIT zu gewinnen? Andererseits sind 12.228 MIT-Mitglieder nicht in der CDU – hier wäre es sicherlich ein lohnendes Ziel für unsere Partei,- aus dieser Gruppe CDU-Mitglieder zu gewinnen. Kurzum für beide Seiten – hier unsere MIT und dort die CDU – eine sogenannte „win-win-Situation".

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Verlagsvertretung Getz,
Nielsen I, II, VI , VII
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV, V
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

ANZEIGE

NEU
ab April 2011

Für alle Sylt-Liebhaber!

Das klassische Insel-Magazin

- Informativ
- Kritisch
- Unabhängig

Mit schönen Geschichten -
hinreißenden Fotos -
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler
und Komiker,
Prominentes und Provinzielles,
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin:
... für die Westentasche mit
Hunderten von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Das Magazin 2011 ist
ab Anfang April im Handel.

Bestellen Sie Ihr
persönliches Sylt Magazin
zur informativen und
stimmungsvollen Vorbereitung
auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

Ich bestelle das Sylt Magazin 2011

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

PROFIS

EVERS-DRUCK GmbH
25704 Meldorf
Ernst-Günter-Albers-Straße
Telefon 0 48 32 / 6 08-0
Email: info@evers-druck.com
Internet: www.evers-druck.com

EVERS DRUCK

PREPRESS ROLLENOFFSET BOGENOFFSET WEITERVERARBEITUNG LOGISTIK DISTRIBUTION LETTERSHOP